Einen anderen {改道} Weg gehen...

N°52 - 04.2015

GAIDAO

ZEITSCHRIFT DER ANARCHISTISCHEN FÖDERATION

FdA
FDA - IFA

IN DIESER AUSGABE

Ein Bericht über AFem2014
Diskussionsbeitrag zur Stadtentwicklung
Das Ende einer Graswurzelbewegung in Griechenland

改道 02 [改道] Gai Dào
N°52 - April 2015

Editorial

Hallo Menschen,

manche Ideen benötigen Zeit, bis ersichtlich wird, wie sie umgesetzt werden können. Schon im September 2014 gab es die Idee für eine Gaidao-Sonderausgabe mit Berichten und inhaltlichen Beiträgen von der anarcha-feministischen Konferenz (AFem2014), welche Mitte Oktober 2014 in London stattgefunden hat. Diese Sonderausgabe hätte im Frühjahr 2015 erscheinen sollen, so die ersten Planungen. Die Idee konnte jedoch auf diese Weise nicht umgesetzt werden. Umso mehr freut es uns, dass wir euch in dieser Ausgabe den Start der Artikelserie zu AFem2014 ankündigen können: In dieser und den folgenden Gaidao-Ausgaben soll jeweils ein Text zur AFem2014 veröffentlicht werden – Berichte von Teilnehmenden der Konferenz, Zusammenfassungen von inhaltlichen Workshops und Diskussionen, die Bedeutung der Konferenz für die anarchistische Bewegung sowie weitere Artikel zum Thema Anarcha-Feminismus. Falls ihr an der Konferenz teilgenommen habt und selbst etwas schreiben wollt, freuen wir uns, wenn ihr Kontakt zu uns aufnehmt.
Passenderweise zum Thema Anarcha-Feminismus blickt die Libertäre Aktion Frankfurt Oder mit einem Artikel auf ihren (anarcha-)feministischen Aktionstag zum Weltfrauenkampftag.

Ein weiterer Schwerpunkt in dieser Ausgabe bildet das Thema Wahlen. Ihr findet drei Übersetzungen unserer britischen Schwesterföderation “Anarchist Federation”, die sich in ihrer Zeitschrift “resistance” mit genau diesem Thema beschäftigen. Neben einer Einschätzung zu Syriza nach der Wahl in Griechenland und einem anarchistischen Statement zu Wahlen wird auch im Artikel “Was die Frauenrechtler*innen für uns taten” ein Blick auf (anarcha-)feministische Kämpfe in der Vergangenheit geworfen.

Neben der Fortsetzung der Reihe “Auszüge aus dem ‘Anarchistischen Wörterbuch’” und weiteren spannenden Artikeln zu aktuellen und historischen Themen haben wir auch in dieser Ausgabe wieder zwei Aufrufe abgedruckt, die uns wichtig erscheinen: Zum einen der Aufruf zum anarchistischen 1. Mai in Dortmund. Zum anderen die Bewerbung zur bundesweiten Demo “Hände weg zum Streikrecht” am 18. April in Frankfurt am Main sowie einen Hintergrundartikel zum geplanten Tarifeinheitsgesetz, welches das Streikrecht in Deutschland massiv einschränkt – sollte es im Mai verabschiedet werden.

Wir wünschen euch viel Spaß bei der Lektüre!

ma für die Gaidao-Redaktion

Impressum:

Herausgerber*innen:	[改道] Gai Dào - Redaktionskollektiv
V.i.S.d.P.:	Gai Dao c/o Alarm e.V. Postfach 10 01 61
Druck und Verlag:	Eigenverlag
Erscheinungsweise:	monatlich
Kontakt:	redaktion-gaidao@riseup.net

ÜBER UNS

[改道] Gai Dào ist die monatliche Zeitschrift der Föderation deutschsprachiger Anarchist*innen (FdA).

Sie versteht sich trotzdem als autonomes Projekt, das auch Menschen, Gruppen und Strukturen offensteht, die kein Mitglied der FdA sind, sofern sie die Ideen des Anarchismus und die Prinzipien der FdA unterstützen, gerne auch solidarisch-kritisch.

Die [改道] Gai Dào bietet einen monatichen Quer-schnitt von Theorie und Praxis der anarchistischen und ihr nahestehender Bewegungen auf lokaler und besonders auf internationaler Ebene.

Dabei versteht sich [改道] Gai Dào als explizit pluralistisches Medium, das Raum für verschiedene anarchistische Strömungen bietet, sowie darüber hinaus allen, die sich für eine Überwindung der bestehenden Verhältnisse, hin zu einer befreiten Gesellschaft einsetzen.

Wir freuen uns immer über Artikel, Rezensionen, Gedichte, Aufrufe, Fotos, Zeichnungen, oder Terminzusendungen. Besonders freuen wir uns über Menschen, die dauerhaft an der Gaidao mitarbeiten wollen, sei es als regelmäßige*r Autor*in, Übersetzer*in oder im Layout.

Wir behalten uns natürlich vor, zugesandte Beiträge nicht zu veröffentlichen, die unseren Prinzipen im Besonderen und die des Anarchismus im Allgemeinen entgegenstehen oder diese unsolidarisch diffamieren.

Alle Ausgaben unter: www.fda-ifa.org/gaidao

Inhalt

FdA/IFA

04 *Bericht zum (anarcha-)feministischen Aktionstag*
Von der Libertären Aktion Frankfurt Oder am 7.3.2015 mit anschließender Party in den Weltfrauenkampftag

05 *Das Ende einer Graswurzelbewegung in Griechenland*

06 *Was Anarchist*innen tun, anstatt wählen zu gehen*

08 *Was die Frauenrechtler*innen für uns taten*

Weltweit

09 *Ein Bericht über AFem2014*

11 *Was war AFem2014*

11 *F.A.C.C. - Gründungserklärung der Anarchistischen Föderation in Mittelamerika und der Karibik*

Bewegung

12 *Auszüge aus dem "Anarchistischen Wörterbuch"*
Teil 3: Kapital und Arbeit

Analyse & Diskussion

15 *Wer hat und verraten, ...?*
Das Tarifeinheitsgesetz soll schon im Mai kommen

18 *Millionen stehen hinter uns!*
Was die anarchistische und linksradikale Bewegung aus der neuen "Linksextremismusstudie" lernen sollte

20 *Diskussionsbeitrag zur Stadtentwicklung*

Kultur & Alltag

19 *Nachrichtenschranke*
Ein Gedicht

Geschichte

22 *Gespensterjagd - Zur Ideengeschichte des Antikommunismus*

Aufrufe

17 *Hände weg vom Streikrecht*
Streikrecht ist Grundrecht! Für volle gewerkschaftliche Aktionsfreiheit!

27 *An der Befreiung arbeiten. Die anarchistische Bewegung vorantreiben*

Termine

31 *FdA hautnah*
Regelmäßige Termine der FdA-Mitglieder

Eigentumsvorbehalt

Nach diesem Eigentumsvorbehalt ist die Broschüre solange Eigentum der/des Absender*in, bis es den Gefangenen ausgehändigt worden ist. „Zur-Habe- Nahme“ ist keine Aushändigung im Sinne des Vorbehalts. Wird die Broschüre den Gefangenen nicht persönlich ausgehändigt, ist es der/dem Absender*in mit dem Grund der Nichtaushändigung zurückzuschicken.
Verteiler*in bzw. Absender*in ist nicht identisch mit den Ersteller*innen.

Hinweis zur Sprache:

Das in den Texten verwendete „*innen“ (Gender Gap) soll die Funktion haben, dass nicht nur weiblich oder männlich sozialisierte Menschen beachtet werden, sondern auch Menschen, die sich selbst zwischen bzw. außerhalb der Zweigeschlechtlichkeit verorten.

Bericht zum (anarcha-)feministischen Aktionstag der Libertären Aktion Frankfurt Oder am 7.3.2015 mit anschließender Party in den Weltfrauenkampftag

★ *Von: Libertäre Aktion Frankfurt Oder*

Mit einer Party im verbuendungshaus fforst wurde der internationale Frauenkampftag 2015 in der Nacht zum 8. März eingeleitet. Dem ging ein ereignisreicher Tag voraus. Mit einer Ausstellung und einem Vortrag wurde dem Lebenswerk der Anarchistin und Mitbegründerin anarcha-feministischer Positionen, Emma Goldman, gedacht. Ein weiterer Vortrag der Gruppe „e*spaces“ aus Dresden beschäftigte sich mit der Kritik am Begriff der Definitionsmacht und lud zur Diskussion ein. Ein Stencil-Workshop bot die Möglichkeit, sich praktisch zu betätigen.

Gegen 14 Uhr erklang Musik der 20er Jahre in der Großen Scharnstraße in Frankfurt (Oder). Das Trio, bestehend aus Kontrabass, Violine und Gitarre, lud Anwesende und Passant*innen zur Ausstellung „Emma Goldmann: Anarchistin, Revolutionärin-Feministin“ ein.

Gegen 14:30 wurde die Ausstellung mit einer kurzen Rede und Sektempfang eröffnet. Dem folgte ein Vortrag über das Leben und Wirken Emma Goldmans. Bei weiterem Sekt und veganen Häppchen verweilten die Anwesenden und schauten sich die Ausstellung an, welche im Laufe des Tages von vielen interessierten Menschen bis 19:00 Uhr besucht wurde. Um 18 Uhr traf schließlich das Abendessen in Form einer Couscous-Gemüse-Pfanne ein.

Um 17 Uhr begann der Vortrag der Gruppe „e*spaces“ aus Dresden. Diese beschäftigten sich mit der Frage der Auslegung von Definitionsmacht und ihren Auswirkungen. Welche weiteren Möglichkeiten bestehen in einer emanzipatorischen Gesellschaft zur Klärung von (sexuellen) Grenzüberschreitungen? Dabei wurden viele Fragen aufgeworfen und es bestand Raum zur Diskussion, welche im Anschluss in Zweiergesprächen vertieft wurde. Angemerkt sei an dieser Stelle, dass es nicht darum ging, Definitionsmacht an sich zu verneinen, sondern eine kritische Auseinandersetzung damit anzuregen, um zu einer besseren, herrschaftsfreieren Praxis zu gelangen.

Gegen 20 Uhr begann dann die Party unter dem Motto „If I can´t dance, it’s not my revolution“ im verbuendungshaus fforst. Den Anfang machte zur Freude aller wieder das eingangs beschriebene Trio. Danach betrat „Bahati“ aus Berlin die Bühne und setzte sich mit Themen wie Sexismus im HipHop in Form von „Digital Poetry“ auseinander, eine Stilrichtung, die dem Genre des Spoken Word entstammt. Den Abschluss bildete Djane Frenzy aus FFO, die den Übergang in den beginnenden Frauenkampftag einläutete und ihn dann auch zu einem feuchtfröhlichen Morgen machte.

Mit der Ausstellung und den Vorträgen wurden auch zahlreiche Menschen außerhalb der Bewegung erreicht. Neue Kontakte konnten so geknüpft werden, und wir waren in der Mitte der Stadt sichtbar. Ein reich gedeckter Infotisch lud dazu ein, sich über Anarchismus im Allgemeinen zu informieren.

Bedanken möchten wir uns bei den Musiker*innen, dem verbuendungshaus fforst e.V., dem Studierendenmeilen e.V. und allen Helfer*innen, die zum Gelingen des Tages beigetragen haben.

Über den Tag verteilt hatten wir circa 100 Gäste und es entstanden anregende Diskussionen.

Die Ausstellung blieb noch bis zum 13. März von Montag bis Freitag im Medienkomplex auf der Großen Scharnstraße, jeweils von 15:00 – 18:00 Uhr, geöffnet.

Vierte Station der Ausstellung

Das Ende einer Graswurzelbewegung in Griechenland

★ *Von: Anarchist Federation (Britain); aus "Resistance No. 158" / Übersetzung: Leo*

Viele Linken waren hocherfreut, dass eine Anti-Austeritäts-Partei die landesweiten Wahlen in Griechenland gewonnen haben. Für die Linke, inklusive derer im Vereinten Königreich, wurde Syrizas Sieg als ein Wendepunkt in Europa angesehen gegen die Wirtschaftsstrategien, welche auf harten Sparmaßnahmen beruhen.

SYRIZA („Koalition der radikalen Linken“) fing an als Allianz verschiedener reformistischer Linksparteiströmungen. Ihr Parteiprogramm ähnelte stark dem von Pasok, einer sozialistischen Koalition der 1980er Jahre. Tatsächlich ist ein Großteil der alten Pasokführung jetzt bei Syriza. Alexis Tsipras übernahm den Vorsitz als Syriza-Parteichef 2008, als die Partei sich vom reformistischen „Euro-Kommunismus“ entfernte um eine Verbindung mit sozialen Graswurzelbewegungen einzugehen, welche sich in Griechenland gegen die Austeritätspolitik entwickelt haben. Als die Partei eine Straßenpräsenz entfaltet hatte und bei den riesigen „Platzprotesten“ teilnahmen, weitete die Partei auch ihren Einfluss in Gewerkschaften aus, vor allem im öffentlichen Sektor, und unter Studierendenorganisationen. Sie stellte sich schnell als eine letzte Hoffnung für Wandel für die soziale Bewegung dar.

Syriza wird nun der politische Arm des repressiven Staatsapparats sein – Polizei, Armee, Justiz –, welcher historisch mit Rechten und Faschist*innen durchzogen ist. Es wurde schon eine Koalition gebildet mit einer rechten Anti-Einwanderungs-Partei und das Kompromisse machen wird sich fortsetzen um an der Macht zu bleiben. Weil die Partei ziemlich klein ist mit 35 000 Mitgliedern, etwa 10 000 werden in Regierungsposten eingesetzt als Versuch den Rechten etwas entgegen zu setzen, sind sie weit entfernt von den Graswurzelinitiativen, welche jene in Ämter gehievt hatten.

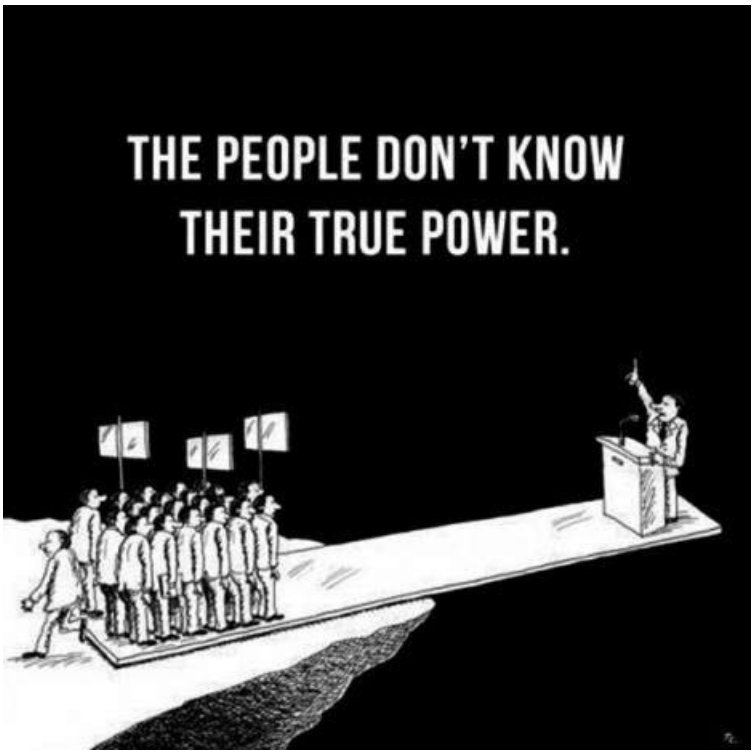
Griechische Radikale mit weiter zurückreichendem Gedächtnis werden sich erinnern, nachdem Pasok gewählt worden war, wie schnell sie ihr radikales Parteiprogramm fallen ließen, welches ihnen zur Macht verholfen hatte. Auf jeden Fall wurde es so gut wie beseitigt bei späteren Wahlen. Jetzt stehen wir wieder hier mit weiteren linken Versprechen von Syriza. Wie sich der griechische Anarchist Spyros Dapergolas darüber äußerte, wie wichtig es sei, dass Leute mit Graswurzelorganisierung verbunden sind: „Alles andere ist ein Rezept für Scheitern, Enttäuschung, Zeitverlust und natürlich für politische und individuelle Bestechung... was Macht und Staat immer erzeugen.“

Was Anarchist*innen tun, anstatt wählen zu gehen

★ *Von: Anarchist Federation (Britain); aus: Resistance No. 158 / Übersetzung: Leo*

Die landesweiten Wahlen stehen vor der Tür und einmal mehr verfolgen uns die Parteien überall auf Schritt und Tritt, während sie versprechen, dass sie die Dinge richten werden. Aber du musst kein*e Anarchist*in sein um zu wissen, dass sich nichts ändern wird, egal wer gewählt wird. Daher kommt es, dass Politiker*innen von neuen Methoden begeistert sind, wie beispielsweise von der Briefwahl. Labour (1), Tory (2), Liberaldemokratische, nationalistische (Plaid Cymru (3), SNP (4), Sinn Fein (5)), „bewahrende" oder „radikale" (die Grüne Partei oder Linke in einigen Bündnissen), oder national-rassistische (UKIP (6) etc.) Parteien, die Grundsätze des Systems sind die gleichen.

Ob wir das gegenwärtige Wahlsystem beziehungsweise das Verhältniswahlsystem haben, oder wieviele Leute bei einer Wahl oder einem Referendum wählen gehen oder nicht - wie wir gerade in Schottland gesehen haben – hält der Kapitalismus weltweit die Zügel in der Hand. Als lohnabhängige Menschen werden wir ausgebeutet – ob wir nun an „freien" Wahlen teilnehmen können oder unter einem autoritären Regime leben. Die Kapitalist*innen und Eigentümer*innen werden weiterhin den Reichtum, den wir erschaffen, beherrschen. Und sie schützen ihn durch die Polizei, die Rechtsordnung und das Militär.



Du darfst dich nicht beschweren

Nicht-Wähler*innen wird gesagt, „Wenn du nicht wählen gehst, darfst du dich auch nicht beschweren". Aber Wählen gehen unter diesen Umständen ist nur vorgeben, dass das System, welches wir haben, im Grunde in Ordnung ist. Es nimmt die siegreiche Partei aus der Verantwortung. Tatsächlich haben wir bei den nächsten Entscheidungen, welche von den durch uns gewählten Leuten getroffen werden, nichts zu melden. So wird „repräsentative Demokratie" genannt. Anarchist*innen organisieren sich durch „direkte Demokratie", in welcher wir bei jeder Entscheidung mitreden können – falls wir dies wollen. Wir legen unsere Macht nicht in fremde Hände, deshalb kann uns niemand betrügen und unsere Macht missbrauchen. Dieses Vorgehen könnte weltweit funktionieren! Frag uns wie...

Anti-Wahl-Kampagnen

Eine Anti-Wahl-Kampagne alleine ist ebenso gut wie Zeitverschwendung. Dasselbe gilt für eine Protestwahl für einen linke*n oder zum ersten Mal antretende*n Kandidat*in. Für die Kampagne aufgewendete Zeit und Geld könnten besser verwendet werden um einige Probleme in unserem Alltag zu lösen. Protestieren, sei es einen Wahlzettel ungültig zu machen oder Demonstrationen auf der Straße, scheitert daran eine echte Kampfansage zu bieten. Deshalb meinen Anarchist*innen: Geh wählen oder lass es bleiben – es macht keinen Unterschied. Viel wichtiger ist zu erkennen, dass Wahlen ein korruptes System stützen und uns ablenken echte Möglichkeiten zu erringen.

Geh nicht zur Wahl, organisiere dich!

Wir sollten uns zusammenschließen mit unseren Nachbar*innen, Arbeitskolleg*innen, anderen Leuten, mit denen wir Interessen teilen, und anderen Menschen, die nicht die Privilegien wie manch andere haben. Wir sind Expert*innen für unsere Bedürfnisse und wie Dinge am besten für das Wohl der Gesellschaft funktionieren. Wir müssen direkte Aktionen anwenden um dies zu erreichen. Eine direkte Aktion findet statt, wenn wir ein Problem lösen ohne dass uns jemand anderes vertritt. Damit meinen wir nicht nur protestieren und nach einer Veränderung fragen, sondern Vorgänge wie besetzen, sabotieren, Erledigung der Lohnarbeit nur nach Vorschrift ohne weitergehendes Engagement, die Weigerung ihre Preise oder die Miete zu bezahlen, oder zu streiken (aber wir meinen nicht abzuwarten bis die Gewerkschaftsführer*innen uns sagen, zu welchem Zeitpunkt wir streiken können und wann nicht).

Wenn Arbeiter*innen beispielsweise nicht ihren zustehenden Lohn bezahlt bekommen, ergreifen wir Maßnahmen um die Unternehmer*innen zum Lohn auszahlen zu bringen, anstatt die Regierung zu ersuchen uns besseren rechtlichen Schutz zu gewähren. Das Ministerium für Arbeit und Altersrente hat sogar die Anarchistische Föderation und die Solidaritäts-Föderation (7) unter den Gruppen angegeben, die eine ernsthafte Gefährdung der

Arbeitsaufnahmepflicht bei Sozialleistungsbezug (8) darstellen, weil wir Arbeitsprogramme stillgelegt haben. Dies wurde nur mit wenigen hundert Leuten erreicht. Stell dir vor, was mit tausenden Leuten erreicht werden könnte!

In der Realität scheuen sich die Menschen verständlicherweise davor es mit dem Staat aufzunehmen. Aber direkte Aktionen müssen keinen Kampf aufs Äußerste bedeuten um den Kapitalismus auf einen Schlag zu besiegen. Anarchist*innen meinen, dass es letztlich eine vollständige Revolution geben muss. Aber indem wir dem System an einem beliebigen Punkt direkt die Stirn bieten, können wir beginnen es zu beeinflussen. Wenn wir vielmehr all die Errungenschaften betrachten, als wurden sie vom Staat errichtet – das kostenlose Gesundheitssystem, die kostenlose Bildung, Gesundheits- und Sicherheitsgesetze zu unserem Schutz am Arbeitsplatz, Wohnungsbaubestimmungen, Lohnfortzahlungen im Krankheitsfall, Arbeitslosengeld, Rentenzahlungen – kamen historisch zustande um organisierten Kampagnen kollektiver direkter Aktionen ein Ende zu machen, welche die Staatsmacht bedrohten. Wo wir als Individuen scheitern, können wir gemeinsam siegen.

Endnoten:

(1) Die Labour Party (dt.: „Arbeitspartei“), bei ihrer Gründung sozialistisch-gewerkschaftlich geprägt, bekennt sie sich heute zur Marktwirtschaft und ist mit der SPD zu vergleichen (Anm. der Übersetzung)

(2) „Tories“ ist die . konservative Partei im Vereinten Königreich (Anm. der Übersetzung)

(3) Plaid Cymru ist die „walisische Partei“, sozialdemokratisch und walisisch-national (Anm. der Übersetzung)

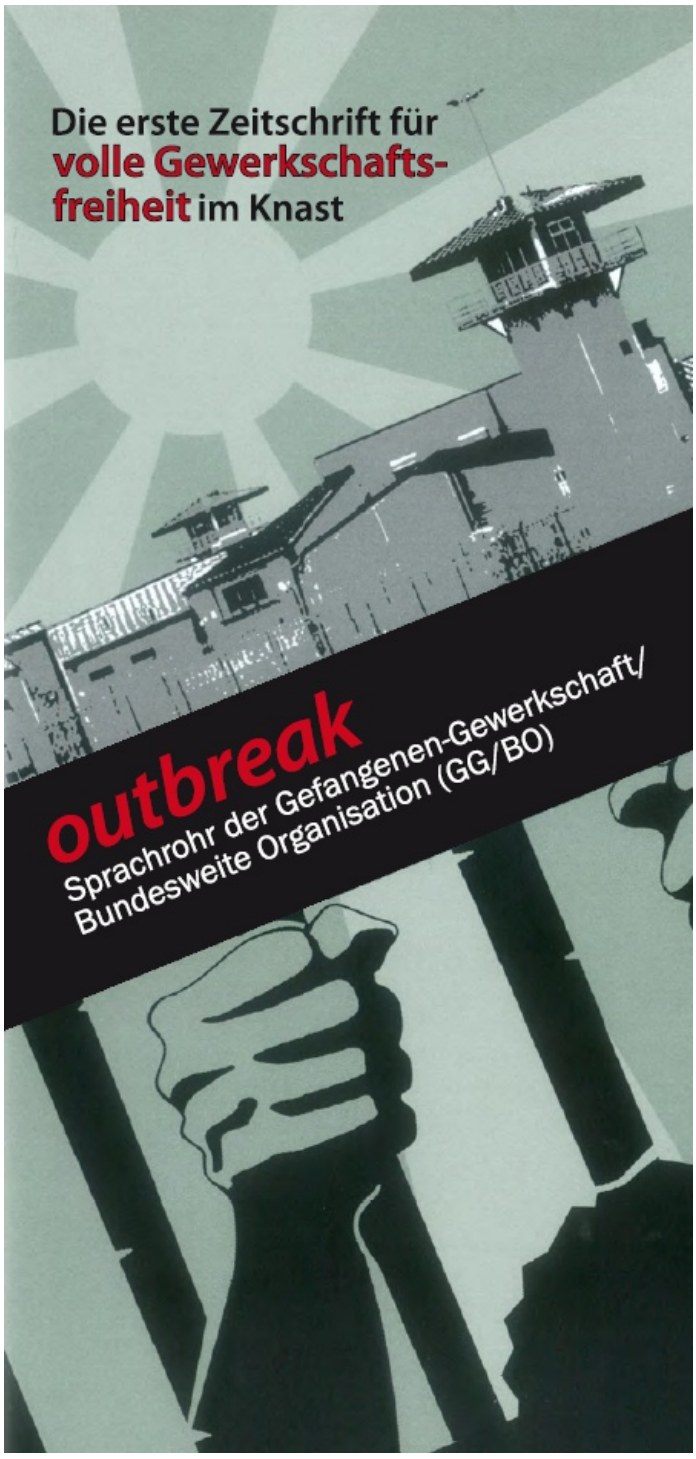
(4) SNP ist die „Scottish National Party“, separatistische, linksliberale, schottische nationale Partei (Anm. der Übersetzung)

(5) Sinn Fein ist eine irisch-republikanische, separatistische Partei, die v.a. in Nordirland (und der Republik Irland) verankert ist (Anm. der Übersetzung)

(6) UKIP ist die „Partei für die Unabhängigkeit des Vereinten Königreichs“, eine EU-skeptische, rechtspopulistische Partei (Anm. der Übersetzung)

(7) Solidarity Federation (Anm. der Übersetzung)

(8) im Original „workfare“: Eine arbeitsmarktpolitisches Konzept, welches staatliche Transferleistungen mit einer Verpflichtung zur Arbeitsaufnahme verknüpft (Anm. der Übersetzung)



Anzeige

Anzeige

Was die Frauenrechtler*innen für uns taten

★ *Von: Anarchist Federation (Britain); aus: Resistance No. 158 / Übersetzung: Leo*

Es ist wieder Wahlzeit und einmal mehr werden anarchistische Frauen über unsere Pflichterfüllung belehrt gegenüber denjenigen, welche für unser Stimmrecht gestorben sind.

Um es einmal festzuhalten: Die Forderung der Frauenrechtler*innen lautete, dass Frauen überall dort gewählt werden sollten wo auch Männer vertreten waren. Sie kämpften nicht dafür, dass jede Frau für alle Zeiten moralisch verpflichtet ist jedes politische System zu unterstützen, welches die Wahl benutzt hat um sich selbst zu legitimieren. Sie vertrauten auf künftige Frauen, welche ihre eigenen Entscheidungen treffen. Sylvia Pankhurst zum Beispiel lebte um die parlamentarische Demokratie als einen „veralteten Apparat" abzulehnen und weigerte sich ihre Stimme abzugeben oder selbst zu kandidieren. Bei dieser Wahl würde sie wütend sein auf jede Teilnahme einer Partei, die Einschnitte bei wesentlichen Frauenleistungen macht, nicht auf Frauen, die ihre Wahlzettel zerreißen oder von der Wahl wegbleiben.

Mehr als die Wahl

Es ging um viel mehr als nur um die Wahl für die Frauenrechtler*innen. Es ging um Solidarität unter Frauen, unsere Fähigkeit zusammen zu arbeiten und zu kämpfen, von unserem eigenen Erleben aus zu schreiben und zu sprechen - nicht nur über die Wahl, sondern über sexuelle, soziale und berufliche Freiheiten, wie gerechte Bezahlung und Rechte in Bezug auf Gebähren und Fortpflanzung. Die Aberkennung des Stimmrechts war eine Beleidigung der Frauen als intelligente, rationale Menschen, gleichgültig wie viel Nutzen das Stimmrecht selbst hatte. Das Stimmrecht zu gebrauchen war fast irrelevant verglichen damit, was es für Frauen mit Stimmrecht bedeuten würde nicht mehr als reines Anhängsel ihrer Ehemänner gesehen zu werden.

Das Stimmrecht zu erhalten war ein Sieg, im Wesentlichen weil Frauen etwas erreicht hatten durch den Fortschritt dafür zu kämpfen. Die Reden, Veröffentlichungen, zertrümmerten Scheiben, Kämpfe mit der Polizei, Kampfsportübungen, Haftstrafen, Hungerstreiks, Widerstand gegen Zwangsernährung und Weigerung nachzugeben: dies sorgte wesentlicher dafür den Status und das Selbstbewusstsein der Frauen als öffentliche und politische Personen steigen zu lassen, als es das reine Stimmrecht jemals getan hat. Viel mehr als weibliche Parlamentsabgeordnete oder Karrieremacher*innen getan haben, welche Frauenkämpfe zynisch genutzt haben um sich selbst zu begünstigen.

Uns erzählen zu wollen, dass wir wählen müssen, weil das Stimmrecht für Frauen mühsam erkämpft worden ist, ist herablassende, paternalistische Kacke. Arbeiterklassemänner kämpften ebenfalls für das Stimmrecht, werden jedoch weit weniger kritisiert, wenn sie darauf hinweisen, dass es effektivere Mittel des Wandels gibt als die Wahlurne. Für Frauen wurde Wählen eine Frage von Angepasstheit anstatt ein Bewusstsein, in direktem Gegensatz wer Frauenrechtler*innen waren und für was sie gekämpft hatten. Die Frauenrechtler*innen beabsichtigten niemals ihren Kampf mit dem Erhalt des Stimmrechts zu beenden. Viele setzten ihre Kämpfe fort, als ihre Anführer*innen vereinnahmt worden waren. Sie waren nicht zufriedengestellt und sie sahen uns nicht vor.

Vereinnahmungen

Die Frauenrechtler*innen erreichten ihre Ziele, weil sie eine radikale, inspirierende und effektive Bewegung der direkten Aktion waren. Sie erreichten unglaubliche Dinge für sich selbst und für zukünftige Frauengenerationen. Ja, sie verdienen unseren Respekt und unsere Dankbarkeit. Aber mehr als das, sie verdienen unser Lernen und unsere Bemühungen das ungeheuerliche Ausmaß und Komplexität ihrer Kämpfe zu verstehen. Sie verdienen es mehr als auf eine eindimensionale Kurzmeldung reduziert zu werden.

Ob du nun wählen gehst oder dich organisierst oder beides: Fasse diesen Wahltag auf als ehrende Erinnerung an die Frauenrechtler*innen, indem du ihn nicht benutzt als Stock um Frauen damit zu schlagen, wenn sie ihr Wahlrecht genauso wie die Frauenrechtler*innen behandeln: Als ihr Eigenes, um es zu nutzen oder nicht, nach ihren eigenen Vorstellungen.

Quelle:

Die drei gerade abgedruckten Artikel sind alle aus der aktuellen Resistance No 158 der Anarchist Federation (Britain) entnommen.
Mehr Infos und weitere Artikel unter:
http://afed.org.uk/res/resist158.pdf
www.afed.org.uk
info@afed.org.uk

Ein Bericht über AFem2014

★ *Von: Claire (ein*e Organistor*in und Mitglied der britischen Anarchistischen Föderation) / Übersetzung und Anmerkungen: Leo*

Vorwort der Redaktion: Mit diesem Bericht und dem im Anschluss darauf folgenden Infotext wollen wir den Anfang für eine Artikelreihe zur Anarcha-Feministischen Konferenz 2014 in London (AFem2014) machen. In den nächsten Gaidao-Ausgaben werden weitere Berichte zu AFem2014 und der Bedeutung dieser Konferenz für die anarchistische Bewegung folgen. Es sollen aber auch inhaltliche Mitschriebe und Auswertungen zu den Workshops veröffentlicht werden sowie weitere Texte, die sich mit anarcha-feministischen Themen beschäftigen.

Was die Besucherzahl betrifft, waren es ca. 400 Leute. Die überwiegende Mehrheit waren Einzelpersonen und Leute, die in Kollektiven arbeiten, entweder als Anarcha-Feminist*innen oder Aktivist*innen, die sich mit sexistischer Unterdrückung beschäftigen.
Als offizielle Gruppen aus dem Vereinten Königreich (UK) nahmen lokale und föderationsweite Gruppen der britischen Anarchistischen Föderation teil, der Solidarity Federation (IWA) (1), die "Sex Workers Open University" (2) sowie die feministische Bibliothek.
Offizielle Gruppen aus dem Ausland waren Workers Solidarity Movement (Irland) (3), Black Rose (USA) (4) und IWA (Polen) (5). Von der IFA (6) waren die italienische Föderation, die deutschsprachige, slowenische und französischsprachige Föderation vertreten; über Skype eine iranische Gruppe im Exil, eine US-Amerikanische von Black Rose und jemand von La Alzada (7) in Chile; und natürlich die Spanier*innen, welche so viel zu dem Treffen beitrugen, an welchem sie teilnahmen.
Einzelpersonen aus anderen Ländern kamen aus den USA, Kanada, Irland, Deutschland, Frankreich, den Niederlanden, Schweden, Polen, Tschechien, Brasilien und Australien.

Was die Kontakte betrifft gibt es enge zwischen der britischen Anarchistischen Föderation und Black Rose. Und wir besprachen mit der IWA UK und Polen auf einem gemeinsamen Treffen den Konferenzort. Die Organisierenden bezeichnen sich beinahe alle als das, was wir soziale Anarchist*innen nennen, würde ich sagen. Sie sind großartige Gefährt*innen und die britische Anarchistische Föderation will sicherlich wieder mit ihnen zusammenarbeiten. Aber wir werden eine Unterstützungsstruktur für uns aufbauen müssen.

Auf unserem Webblog und der Facebookseite kannst du Links zu Überlegungen von den Organisierenden finden sowie Aufschriebe zu Veranstaltungen, die am Tag der Konferenz stattfanden und Nachbereitungsartikel. Dies alles umfasst Berichte von/über :

- Black Rose (LA und Chicago), die jeweils einen ausführlichen Bericht verfasst haben
- Accountability-Verfahren
- Disability-Treffen (8)
- Safer spaces (9)
- People of Colour
- der Offenen Universität der Sexarbeiter*innen

Wir sind immer noch dabei zu entscheiden was wir in Zukunft tun wollen. Wir werden nicht noch einmal in der Lage sein so etwas großes im Vereinten Königreich zu organisieren.

- Es war zu viel Arbeit für nur wenige Leute (tatsächlich waren wir ca. 20 Organisierende sowie weitere, die am Tag selbst mitgeholfen haben). Dies sieht nach ziemlich vielen aus, aber wir hatten zuvor noch nie zusammengearbeitet und mussten sehr viel Zeit aufwenden für den Aufbau von Strukturen, die sowohl funktional als auch gleichberechtigt sein sollten. Wir arbeiteten jede Woche viele Stunden, indem wir unsere Erwerbsurlaubszeit aufbrauchten, und andere anarchistische Aktivitäten litten darunter. Einige Leute zogen sogar extra ins Vereinte Königreich um bei der Organisation zu helfen!

- Es war auch eine extrem anstrengende und stressige Erfahrung für die Organisierenden. Wir mussten uns mit ganz schön viel Kacke beschäftigen. Und obwohl wir froh sind, dass die Rückmeldungen fast durchweg positiv ausfielen, mussten wir uns vorab und am Tag selbst mit Angelegenheiten auseinandersetzen wie Rechtfertigungen von Vergewaltigung, Transphobie, Prostituiertenfeindlichkeit, Ageism (10), Islamfeindlichkeit, Rassismus und Sexismus, noch mehr Rechtfertigungen von Vergewaltigungen und einige einfach offensichtlich fiese Leute zu verschiedenen Zeiten. Aber allgemein betrachtet verdarb dies nicht die ganze Veranstaltung. Es wirkte sich nur schlecht auf die Organisierenden aus, dass einige andere Leute sich verhalten als "besäßen" sie Anarcha-Feminismus. Teilweise waren es Leute, die seit mehreren Jahren in der Bewegung sind.

- Alles in allem kostete es ca. 3500 britische Pfund. Wir beschafften eine Menge Geld durch die Homepage und Spenden von Organisationen. Aber wir können diese Summe nicht jedes Jahr auftreiben.

Deshalb ist unser Ziel unsere Kontakte zu nutzen um beim Aufbau kleinerer Veranstaltungen zu helfen und diese für uns selbst zu starten.

Es gab Veranstaltungen und Treffen, welche von AFem ausgegliedert wurden oder durch AFem wahrscheinlicher gemacht wurden:

- Black Rose (LA und Chicago) schreiben jeweils einen ausführlichen internen Bericht und veranstalten jetzt eine Reihe regionaler Austauschveranstaltungen, welche sowohl Bericht

erstatten von AFem, als auch Ausgangspunkte für Diskussionen und Debatten über die Definition und Praxis von AnarchaFeminismus sein sollen. Einige von Black Rose gehen gerade nach Chile um mit La Alzada zusammenzuarbeiten.

- Black Rose Portland arbeitet gerade an einer ausführlichen Broschüre über Accountability-Verfahren.

- Lokale Anarcha-Feminist*innen verfügen über eine engere Vernetzung und neue Gruppen wurden aufgebaut in Städten wie beispielsweise in Bristol "Bored of Patriarchy" (11).

- Viele anti-authoritäre feministische Gruppen haben sich mit AFem vernetzt, wie du auf unserer social media Seite sehen kannst.

- Es gab ein daran angeschlossenes Treffen für Transangelegenheiten beim Peace News Camp

- Es gab Treffen bei regionalen Buchmessen.

- Anarcha-Feminismus wurde selbstbewusster in allgemeinere feministische Veranstaltungen eingeführt, zum Beispiel bei "Reclaim the Night" und beim "Ladyfest".

- Eine anarcha-feministische Veranstaltung fand in der Ukraine statt - "Good Night Machos" - es könnte einen Zusammenhang geben – oder auch nicht. Wir sind uns darüber nicht sicher.

Was wir hätten tun sollen/können, aber nicht taten.
Wahrscheinlich viele Dinge, einschließlich:

- Wir haben uns um Benachteiligungsaspekte nicht so gut gekümmert wie wir gekonnt hätten. Zum Beispiel haben wir keine Ausdrucke in groß gedruckter Schrift bereit gestellt.

- Wir haben kulturelle Aneignung nicht gut genug im Voraus angesprochen. Es gibt eine Menge Problemstellungen. Zum Beispiel mögen einige People of Colour weiße Leute nicht, die Dreadlocks tragen. Aber sollten die Organisierenden vorschreiben wie sie ihre Haare tragen sollen?

- Wir hätten sowohl einen Ruheraum haben sollen, als auch einen Raum für Leute, welche in Ruhe reden oder Konflikte klären wollen.

- Wir hatten "Food not Bombs" (12), aber sie waren nicht in der Lage jede Person mit Essen zu versorgen.

Alles in allem war es eine gelungene Veranstaltung und, so hoffen wir, ein Wendepunkt für Anarcha-Feminismus innerhalb unserer Bewegung und innerhalb einer breiteren Gesellschaft.

Endnoten:

(1) übersetzt „Solidaritäts-Föderation", ein Zusammenschluss revolutionärer Gewerkschaftsinititativen
(2) übersetzt „offene Universität der Sexarbeiter*innen"
(3) übersetzt „Bewegung der Arbeitersolidarität", versteht sich als anarcho-kommunistisch
(4) übersetzt „Schwarze Rose"
(5) IWA = International workers assoziation, übersetzt „Internationale Arbeiter*innen-Assoziation", Zusammenschluss von anarcho-syndikalistischen Organisationen weltweit
(6) IFA = Internationale der anarchistischen Föderation, strömungsübergreifender weltweiter Zusammenschluss von anarchistischen Föderationen
(7) La Alzada ist eine feministische, libertäre Gruppe
(8) disability kann im deutschen u.a. die Bedeutungen "Behinderung" (allgemein und speziell körperlich/geistig), aber auch "Benachteiligung" haben
(9) safer space: 'sichererer', geschützterer Raum; bezieht sich hier auf diskriminierungskritische Praxis. Beispielsweise kann ein Raum geschützt, bzw. geschützter als andere, vor rassistischer Diskriminierung sein, wenn er privilegierte weiße Menschen ausschließt
(10) Ageism , in etwa "Altersdiskriminierung" übersetzt, bedeutet Benachteiligung aufgrund des Lebensalters
(11) übersetzt in etwa „vom Patriarchat gelangweilt"
(12) Food not bombs-Gruppen sind eine weltweite Bewegung von Gruppen, die nicht mehr verkäufliche Lebensmittel sammeln und daraus vegetarisches oder veganes Essen zubereitet

Anzeige

Was war AFem2014?

★ *Von: AFem2014 Organising Team / Übersetzung: m4rc0*

AFem2014 war die erste von hoffentlich einer Reihe von internationalen anarcha-feministischen Konferenzen.
Der Tag bestand aus einigen Treffen, deren Themen sich immer wieder überschnitten und ergänzten. Mit den Ergebnissen am Ende der Konferenz konnte man nach Hause gehen und damit weiterarbeiten und darauf aufbauen. Diese Themenblöcke und Treffen wurden von POC (people of colour), Queers und Transpersonen, Sexarbeiter*innen, Menschen mit Behinderung, Opfer/Betroffene sexueller Gewalt und anderen selbst organisiert.
Der Blickpunkt im ersten Jahr lag hauptsächlich, aber nicht ausschließlich, auf der anarchistischen Bewegung an sich und unserem Platz darin. Die Hürden, die uns an der vollen, politischen Beteiligung hindern, bleiben bestehen und werden von unserer eigenen Bewegung noch verstärkt. Wir begegnen den Fesseln und der Unterdrückung sogar in unseren eigenen Gruppen und Organisationen. Versuche, uns still zu stellen und lahm zu legen, unsere Ideen schlecht zu machen oder klein zu reden, sowie körperliche Übergriffe und Vergewaltigungen haben die Wut in uns wachsen lassen. Sowohl feministische Ideen, als auch die, die sich gegen Unterdrückung richten, sehen sich einer Gegenreaktion ausgesetzt.
Wir organisierten diese Veranstaltung, weil unsere anarchistische Bewegung nicht wirklich „anarchistisch“ ist. Wir wollten dies nicht länger dulden.

Das Organisationsteam

Wir sind eine Gruppe von Anarcha-Feminist*innen verschiedenen Geschlechts und unterschiedlicher Hintergründe, die zusammen gekommen sind, um ein anarcha-feministisches Event zu organisieren. Wir wollten es nutzen, um gezielt auf die Umsetzung unserer eigenen Erfahrungen hinzuarbeiten und um die Institutionen und Ideen, die uns unterdrücken, zu Fall zu bringen.

F.A.C.C. – Gründungserklärung der Anarchistischen Föderation in Mittelamerika und der Karibik

★ *Von: Kommunikationskomitee der F.A.C.C. / Übersetzung: jt*

Nach mehrmonatigen Vorbereitungen, umfassenden Debatten vor dem Event und dem ersten Aufruf zur Gründung der Anarchistischen Föderation in Mittelamerika und der Karibik (F.A.C.C.), haben sich in den Tagen des 21. und 22. März dieses Jahres zahlreiche Genoss*innen aus verschiedenen Ländern und Realitäten der Region Mittelamerikas und der Karibik (sowie lokale und internationale Beobachter*innen) in der dominikanischen Stadt von Santiago de los Caballeros getroffen, um Ideen auszutauschen, uns kennenzulernen und um unsere Differenzen und Affinitäten zu benennen. Mit großer Freude können wir nun die Gründung der F.A.C.C. verkünden. Die Föderation stellt für uns ein Vehikel dar, um Solidarität und Zusammenarbeit zwischen den Anarchist*innen der Region zu leben und dabei die von Staat und Kapitalismus aufgesetzten Grenzen zu überwinden, eine Föderationen verschiedener Strömungen, die bestrebt ist, die Beziehungen zwischen den verschiedenen Kollektiven der Region und in der Diaspora wiederzubeleben.

Die anfänglichen Mitglieder der Föderation sind: das Taller Libertario Alfredo López (TLAL) aus Kuba, Kiskeya Libertaria aus der Dominikanischen Republik, Genoss*innen aus Puerto Rico, El Salvador, der Insel Bonaire und Miami. (Darüber hinaus gab es viele Gruppen, die gerne an der F.A.C.C. teilnehmen möchten, denen eine Teilnahme am Kongress aber aus den vielfältigsten Gründen nicht möglich war und daher bislang noch keine Mitglieder sind.) Wir wollen uns außerdem herzlich bedanken für die viele Unterstützung und die persönliche Teilnahme durch Mitglieder der anarchistischen Black Roze Federation (USA) und der Federation Anarchiste (IFA).

Die Föderation basiert auf den Prinzipien des Konsenses, der Solidarität und der Akzeptanz der unterschiedlichen Strömungen und Praktiken von Einzelpersonen und Gruppen, sie fokussiert ihre Arbeit auf kritische Interventionen und einem Studium der Situation in diesen beiden Regionen und sie zeichnet sich als horizontal organisierte Struktur aus.

Gemäß der im Konsens getroffenen Entscheidungen wurden folgende Aufnahmekriterien definiert:

- Die Einzelperson/Gruppe definiert sich selbst als anarchistisch.
- Die Einzelperson/Gruppe agiert auf horizontale Art und Weise.

- Ein aktives Mitglied der Föderation tritt als Fürsprecher*in der Einzelperson/Gruppe, die der Föderation beitreten will.
- Jede Aufnahme einer Einzelperson/Gruppe in die Föderation muss im Konsens entschieden werden.
- Über jeden Aufnahmeantrag muss innerhalb von 2 Monaten im Konsens entschieden werden.

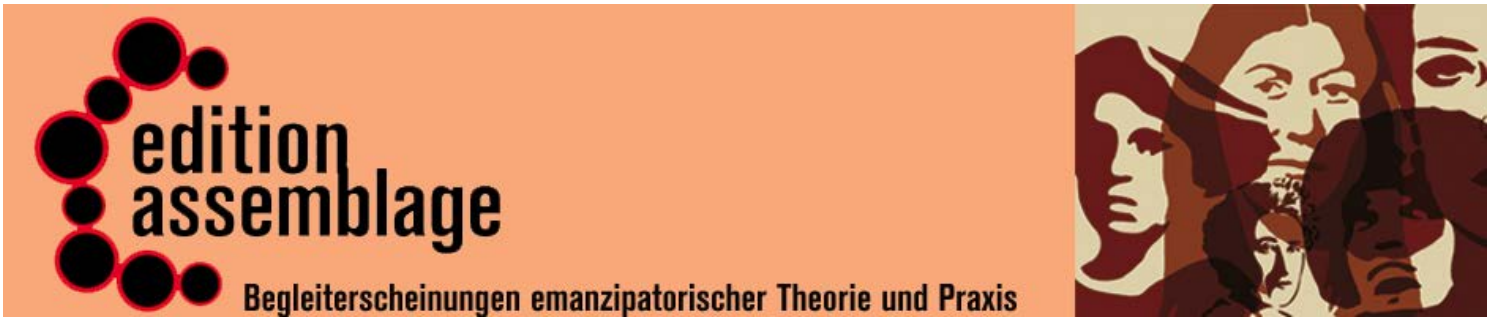
Zurzeit gibt es ein im Konsens eingerichtetes Komitee: das Kommunikationskomitee. Außerdem wurden drei von Einzelpersonen und auf freiwilliger Basis eingerichtete Arbeitsgruppen eingerichtet: das Antirepressions-Komitee, das antinationale Komitee und das Selbstverwaltungskomitee.

Die Gründung der Föderation stellt einen Meilenstein in der Geschichte der anarchistischen Bewegungen beider Regionen dar, da nie zuvor ein solcher Raum zum Austausch von Erfahrungen und zur kritisch-solidarischen Zusammenarbeit existiert hat.

Wir haben den Weg der Freiheit und der Horizontalität gewählt und wir hoffen, dass unsere affinen Genoss*innen aus allen Teilen der Welt uns auf diesem Weg begleiten, hin zu einem alten, aber ständig erneuerten Ideal: der Anarchie!

Quelle:

Quelle:
http://periodicoellibertario.blogspot.com/2015/03/imagenes-y-version-corregida-de-la.html



Auszüge aus dem „Anarchistischen Wörterbuch“

Teil 3: Kapital und Arbeit

★ *Von: Marcos Denegro*

In loser Reihenfolge veröffentlichen wir an dieser Stelle ein paar Auszüge aus dem „Anarchistischen Wörterbuch“. Der dritte Teil beschäftigt sich mit Begriffen aus dem Themenkomplex „Kapital und Arbeit“. Ergänzende Anmerkungen und Zitate dazu können im Buch selbst nachgelesen werden.

Akkumulation
Anhäufen von Kapital durch Ausbeutung menschlicher Arbeitskraft und natürlicher Ressourcen. Die Anhäufung des Kapitals auf der einen Seite führt andererseits zur Verarmung der Arbeiter*innen, wodurch diese permanent gezwungen sind ihre Arbeitskraft zu verkaufen.

Arbeit
Allgemein eine Tätigkeit, deren Zweck es ist, die eigene Existenz zu sichern sowie der Reproduktion der Arbeitskraft dient. Darunter fallen die Lohnarbeit, Hausarbeit und Erziehungsarbeit. Arbeit unterliegt meist äußeren Zwängen, z.B. Gelderwerb zur Lebenssicherung, und wird meist nicht aus Freude an einer konkreten Tätigkeit verrichtet. Arbeit ist durch diesen Zwangscharakter somit auch ein Mittel zur (Selbst-)Disziplinierung der Menschen. Anarchist*innen vertreten häufig die Ansicht, dass Arbeit entfremdet und sie somit anders

organisiert werden müsste, und zwar von denen, die daran beteiligt sind. Zur Art und Weise der Organisierung gibt es verschiedene Modelle (u.a. mutualistisch)

Arbeiter*innenbewegung
Mehr oder weniger organisierter Zusammenschluss abhängig Beschäftigter, bzw. Menschen, die von Lohnarbeit oder deren Ersatzleistungen abhängig sind.

Arbeiter*innenklasse
Auch Proletariat genannt. Ursprünglich ein marxistisch geprägter Begriff, unter dem Menschen gefasst werden, die von Lohnarbeit bzw. deren Ersatzleistungen abhängig sind sowie Selbstständige. Als Angehörige der Arbeiter*innenklasse werden allerdings nicht immer automatisch „Arbeiter*innen" an sich gesehen, sondern oftmals auch ein Bewusstsein dazu vorausgesetzt.

Ausbeutung
Der Begriff bezieht sich in erster Linie auf die erzwungene Aufbringung der eigenen Arbeitskraft für andere. Der Zwang wird meist nicht mehr direkt ausgeübt, sondern ergibt sich aus dem Umstand, dass die meisten Menschen ihre Arbeitskraft veräußern müssen, um am täglichen Leben teilhaben zu können, da sie selbst über keine Produktions- und Lebensmittel verfügen. Das führt dazu, dass diese Arbeitsleistung fremdes Eigentum schafft, über das die Arbeiter*innen nicht selbst verfügen können. Oftmals wird der Begriff auch nur für besonders miese Arbeitsbedingungen und schlecht bezahlte Jobs verwendet. Als Ausbeutung wird zudem auch das (rücksichtslose) Ausnutzen von Tieren und der Natur bezeichnet.

Besitz
Beschreibt Dinge zum direkten, eigenen Gebrauch. Nach Proudhon können auch Produktionsmittel sowie Land und Boden zum Besitz werden, jedoch nur, wenn sie selbst genutzt werden. Andernfalls wäre es Eigentum

Décroissance
Meist als Wachstumsrücknahme übersetzt. Wird oftmals auf die sozialen und ökologischen Folgen von wirtschaftlichem Wachstum(szwang) angewandt und fordert einen sorgsameren und nachhaltigen Umgang mit den Ressourcen der Erde. Weitergedacht wird bei Décroissance auch der kapitalistische Verwertungsprozess an sich kritisiert, wonach alles in Wert und Ware gewandelt und gehandelt wird, zum Zwecke der Produktions- und Profitsteigerung.

Eigentum
Eigentum bezeichnet im Allgemeinen das alleinige Verfügungsrecht über eine Sache und unterscheidet sich dadurch vom Besitz. Der*die Eigentümer*in kann demnach den Zugang dazu regeln, es vermieten oder verpachten, es verändern, zerstören usw. Eigentum kann alles Mögliche sein: Land und Boden, Rohstoffe, Maschinen und Tiere, Häuser und Wohnungen, durch menschliche Arbeit erzeugte Produkte sowie Wissen. Zuweilen beschreibt das Eigentum auch (nur) den Umgang mit z.B. Produktionsmitteln oder Land und Boden. Danach wäre es Eigentum, wenn Grund und Boden nicht selber genutzt sondern verpachtet würden, oder wenn Produkte, die von Arbeiter*innen hergestellt werden, nicht ihnen gehören und sie auch nur einen Teil des Verkaufspreises als Lohn erhalten. In diesem Zusammenhang kann auch der Ausspruch Proudhons „Eigentum ist Diebstahl" gesehen werden.

Freiwirtschaft
Bezeichnet eine Wirtschaftsform, die sich in erster Linie gegen Zins und Zinseszins richtet, die als ungerecht empfunden und als die Wirtschaft lähmender Umverteilungsprozess des Geldvermögens angesehen werden. Die Grundpfeiler sind Freiland – also Land, auf das keine Grundrente erhoben wird, Freihandel – also der grenzüberschreitende und zollfreie Handel, sowie das Freigeld. Freigeld (auch Schwundgeld genannt) bezeichnet ein Zahlungsmittel, welches mit einem negativen Zins behaftet ist, also an Wert verliert. Dadurch soll ein Anhäufen verhindert und der Geldumlauf und damit die Wirtschaft gesichert werden. Die Freiwirtschaft ist bei Anarchist*innen umstritten.

Kapital
Bezeichnet alle an der Produktion beteiligten und eingesetzten Mittel wie Geld, Maschinen, Arbeitskraft, Rohstoffe, Wissen usw., also Wert, der sich wiederum durch Arbeit, Produktion und Handel vermehren soll. Kapital ist in den meisten Gesellschaften jedoch recht ungerecht verteilt, da es eng mit dem Besitz von Privateigentum verbunden ist.

Kapitalismus
Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung, die in erster Linie die Maximierung des Profits – also die Schaffung von Mehrwert bzw. Vermehrung des Kapitals – verfolgt. Vereinfacht formuliert bedeutet dies, aus Geld noch mehr Geld zu machen. Deshalb orientiert sich die Produktion im Kapitalismus weniger an den Bedürfnissen der Menschen, sondern vor allem an Profitinteressen, was eine Ausrichtung von Mensch und Natur auf ihre Verwertbarkeit zur Folge hat. Der moderne Kapitalismus ist ein selbsttragendes Herrschaftssystem auf der Grundlage des kapitalistischen Marktes, dem sich die Menschen durch das Zusammenspiel von Produktion und Konsumtion unterwerfen. Dabei stehen die Menschen im permanenten Wettstreit und Konkurrenz zueinander. Grundlage des Kapitalismus ist eine von Staat und seinen Organen geschützte Ordnung des Privateigentums, was die Voraussetzung für die Ausbeutung des Menschen durch den Menschen bildet

Klasse
Soziale Gruppe von Menschen, die den gleichen gesellschaftlichen Rang aufweist und eine ähnliche Verfügungsmacht über Güter und Dienstleistungen hat, aufgrund von Eigentum oder ihrer eigenen Verwertbarkeit durch z.B. Lohnarbeit. Ging der traditionelle Klassenbegriff noch von einer Aufteilung in zwei Klassen (Bourgoisie und Proletariat) aus, erscheint dies unter heutigen wirtschaftlichen Gegebenheiten nicht mehr so leicht möglich (Wohin gehören z.B. angestellte Manager*innen oder prekäre Selbstständige?). Die

Zugehörigkeit zu einer Klasse setzt i.d.R. auch ein entsprechendes Bewusstsein voraus. Am deutlichsten wird die Zugehörigkeit jedoch im Klassenkampf.

Klassenkampf
Kollektiver Kampf, mit dem die jeweilige soziale Gruppe, also Klasse versucht, ihre gemeinsamen Interessen geltend zu machen, z.B. kürzere Arbeitszeit, mehr Lohn. Auch wenn Kapitalist*innen ihre Interessen im Klassenkampf vertreten, ist darunter vor allem der Kampf um die Interessen der Arbeiter*innen zu verstehen.

Lohnarbeit
Verkauf bzw. Tausch der eigenen Arbeitskraft gegen Geld, die dabei zur Ware wird und den Menschen verdinglicht („sich verdingen"). Die Lohnarbeit, auch das Konzept von Arbeitsscheinen, wie es von Mutualist*innen und Kollektivist*innen vertreten wird, wird von kommunistischen Anarchist*innen kritisiert. U.a. weil es eine Wertbildung voraussetzt und ein in jeder Hinsicht gerechter Tauschwert nicht möglich ist.

Mehrwert
Die Differenz zwischen Verkaufspreis und Produktionskosten, vor allem der Lohnkosten, kann als Mehrwert bezeichnet werden. Gerade der durch Arbeit hinzugefügte Wert, der über dem Wert der Arbeitskraft liegt, trägt zur Bildung des Mehrwerts bei.

Mutualismus
(lat. mutuus: „gegenseitig, wechselseitig", franz. mutuellisme von mutuel)
Gesellschaftsordnung auf der Grundlage freiwilliger Abkommen, dem Prinzip der Gleichheit und der gegenseitigen Hilfe und Solidarität. Pierre-Joseph Proudhon, der als Gründer des Mutualismus gilt, forderte eine Gesellschaft, die sich auf genossenschaftlichen Gruppen freier Individuen gründen sollte. Großeigentum soll dabei auf Kleinproduzent*innen verteilt, und sog. arbeitsloses Einkommen wie Zins, Pacht und Miete abgeschafft werden. Der Austausch der Güter soll auf Basis von Arbeitswerten erfolgen und die Vergabe von zinsfreien Krediten über eine Volksbank geregelt werden. Verwand ist dem Mutualismus der Föderalismus als Organisationsprinzip.

Reproduktion
Wiederherstellung und Erhaltung der materiellen Produktionsbedingungen und Produktionsverhältnisse. Darunter fallen also auch die Erhaltung der eigenen Lebensumstände und der Arbeitskraft (Essen, Wohnen, Urlaub, ...)

Ursprüngliche Akkumulation
Beschreibt in erster Linie eine historische Phase der gewaltsamen Aneignung von Grund und Boden, die dadurch die Grundlage der Trennung der Produzent*innen von den Produktionsmitteln, und somit der Ausbeutung des Menschen schafft. In Gebieten, die sich der Kapitalismus neu erschließt, ist dieser Prozess nach wie vor im Gange.

Verelendung
Durch eine ungleiche Verteilung innerhalb des Kapitalismus führt der Reichtum bei den einen zur Verarmung der anderen. Zu unterscheiden sind hierbei zum einen die Relative Verelendung. D.h. der Lebensstandard der Kapitalist*innen steigt schneller, als der der Arbeiter*innen; z.B. wenn sich der Gewinn eines Unternehmens verzehnfacht hat, die Löhne im gleichen Zeitraum aber nur um 5% gestiegen sind. Zum anderen die Absolute Verelendung. Das bedeutet, dass der reale Verdienst/Lohn gesunken ist.

Verkürzte Kapitalismuskritik
Anstelle einer Kritik des Kapitalismus als einem Prinzip der Profitmaximierung in allen Bereichen, wird hier vor allem der Finanzsektor, als unproduktiver Bereich angeprangert. Im Fokus stehen dabei die angeblich so gierigen und skrupellosen Banker*innen und Manager*innen. Aufgrund der Unterteilung in gutes (produktives Kapital) und schlechtes (Finanzkapital) sowie einer versuchten Personalisierung kapitalistischer Vergesellschaftung, ist eine verkürzte Kapitalismuskritik meist (strukturell) antisemitisch geprägt.

Wert
Der Wert eines Gegenstandes besteht aus dem Gebrauchswert und dem Tauschwert. Die Höhe des Tauschwerts wird im Kapitalismus durch die im Gegenstand enthaltene Arbeitszeit sowie durch die Marktgesetze von Angebot und Nachfrage bestimmt. Erst durch den Tauschwert wird ein Gegenstand zur Ware; der Wert dieser Ware in Geldform ausgedrückt ist der Preis. In einer kapitalistischen Gesellschaft wird allerdings versucht, nicht nur Produktionsgegenstände oder Dienstleistungen, sondern nahezu alle gesellschaftlichen Verhältnisse in Wert auszudrücken. Der Wert stellt die Grundlage des kapitalistischen Prinzips der Profitmaximierung dar: Ohne Wert kein Profit.

Wertkritik
Die Wertkritik ist eine Denkweise, die in erster Linie auf der Grundlage der Marx'schen Kritik der politischen Ökonomie beruht, wonach das gesamte gesellschaftliche Leben sich in Wert und Ware ausdrückt. So wird in der Wertkritik nicht nur die Ausbeutung bzw. Abschöpfung des Mehrwerts kritisiert, sondern bereits die Wertbildung als Grundlage des kapitalistischen Prinzips der Wertvermehrung oder einfacher formuliert aus Geld mehr Geld zu machen. Im Gegensatz zu orthodoxen Marxist*innen kritisieren Wertkritiker*innen daher die (Lohn-)Arbeit und somit auch die Arbeiter*innenklasse an sich als Teil der kapitalistischen Verwertungslogik. Einen praktischen Ausdruck findet die Wertkritik in der Umsonstökonomie.

Weitere Infos:

Marcos Denegro / Anarchistische Föderation Berlin [AFB]
Anarchistisches Wörterbuch!
Eine Orientierungshilfe durch den Begriffsdschungel anarchistischer und emanzipatorischer Bewegungen!
144 Seiten, 12,80 Euro, ISBN 978-3-942885-47-8

Wer hat uns verraten, ...?

Das Tarifeinheitsgesetz soll schon im Mai kommen

★ *Von: Rudolf Mühland (FAUD)*

Vorgeschichte

Bis in das Jahr 2010 hat das Bundesarbeitsgericht die Rechtsmeinung vertreten, dass es in einem Betrieb auch nur einen Tarifvertrag geben dürfe. Es argumentierten bis zu diesem Zeitpunkt ganz ähnlich wie heute die SPD, die Spitzen der IGM und natürlich diverse Lobbygruppen der Wirtschaft. So bestünde angeblich die Gefahr eines Tarifchaos, Lahmlegung von Betrieben durch Streiks, eine Gefährdung des Betriebsfriedens oder gar die Gefahr des "Gewerkschaftshoppings" und das Hochschaukeln der gewerkschaftlichen Forderungen. Die Position des Bundesarbeitsgerichtes (BAG) ging bis 2010 einher mit einem faktischen Streikverbot für kleinere Gewerkschaften.

Im Juni 2010 gab das BAG dann mit Hinweis auf Art. 9 Abs. 3 GG ausdrücklich diese Position auf.(1) Faktisch gab es zu, jahrelang Urteile gefällt zu haben, die gegen die Verfassung verstießen. Offiziell begründete es seine neue Haltung damit, dass weder ein Tarif- oder Streikchaos zu erwarten ist, noch dass dies einen solch schwerwiegenden Eingriff in Art. 9 Abs. 3 GG rechtfertigen könnte.

Im direkten Anschluss an diese Kursänderung des BAG haben der damalige DGB-Chef Sommer und der Arbeitgeberpräsident Hundt in einer gemeinsamen Pressemitteilung die gesetzliche Wiederherstellung der Tarifeinheit gefordert. Begleitend dazu gründeten sie die „Initiative zur Wiederherstellung der Tarifeinheit", die parteiübergreifend Unterstützung fand (damals besonders aus den Reihen der SPD und der Linkspartei).

Seitdem arbeiten die verschiedenen Regierungen und zahlreiche Lobbyorganisationen und leider auch der DGB bzw. seine Einzelgewerkschaften mehr oder weniger intensiv daran diesen feuchten Traum von Sommer und Hundt durchzusetzen. Kurz darauf gründeten sich auch mindestens zwei Bündnisse im Kampf gegen diese Initiative. Einerseits die von der FAU-IAA gegründete Kampagne „Finger weg vom Streikrecht", anderseits das von der Gewerkschaftslinken angestoßene Bündnis „Hände weg vom Streikrecht". Seitdem gab es mehrere gemeinsame bundesweite Koordinierungstreffen und den stetigen Versuch Widerstand zu organisieren und Öffentlichkeit herzustellen.

Dabei ist die Entscheidung des BAG aus mehrfacher Hinsicht zu begrüßen. M. Schmidt formuliert es so: "Die Tarifeinheit zementierte ihre (der „großen" Gewerkschaften, R.M.) Monopolstellung, da mangels Tarifgeltung und Streikrecht kleinere Gewerkschaften de facto keine Möglichkeit hatten zu wachsen. Wer wird schon Mitglied einer Gewerkschaft, die ohnehin nichts durchsetzen kann? […] Ein Tarifchaos oder eine Zersplitterung der Tariflandschaft nicht eingetreten. Lokführer- oder Pilotenstreiks führen immer zu einem volkswirtschaftlichen Schaden, unabhängig davon, ob sie von einer Mehrheits- oder Minderheitsgewerkschaft ausgeführt werden. Und […] ein häufig übersehenes Argument: Arbeitsrechtler*innen beklagen den schwindenden Organisationsgrad in den Gewerkschaften. Arbeitnehmer*innen sind immer seltener bereit, sich in Gewerkschaften zu organisieren und ihre Rechte durchzusetzen. Die Tarifeinheit verstärkte diesen Trend noch, da es für die meisten Minderheitsberufsgruppen in einem Betrieb sinnlos war, sich zu organisieren, da ihr Einfluss ohnehin verschwindend gering war und sie sich nicht selten durch die großen Gewerkschaften nicht hinreichend vertreten fühlten."(2)

Der Gesetzentwurf

Das geplante „Tarifeinheitsgesetz" sieht vor, dass die in einem Betrieb vertretenen Gewerkschaften gemeinsam in Tarifverhandlungen gehen sollen. Werden sich die Gewerkschaften nicht einig, dann soll nur noch der Tarifvertrag der im Betrieb mitgliederstärksten Gewerkschaft gelten. Die Minderheitsgewerkschaft darf keine eigenen Tarifverträge abschließen, geschweige denn zu Arbeitskampfmaßnahmen (Streiks) aufrufen oder diese durchführen.

Der Gesetzesentwurf hat viele Schwächen, die zukünftig zu zahlreichen Konflikten und juristischen Auseinandersetzungen führen werden. So besteht die Deutsche Bundesbahn zum Beispiel aus über 1000 Betrieben. Bei jedem einzelnen müsste im Zweifel festgestellt werden, welche Gewerkschaft denn nun die mitgliederstärkste ist. Ganz zu schweigen davon, dass es noch keinerlei Regelung gibt wie die Mitgliederstärke festgestellt werden soll oder ob es sinnvoll ist, wenn die Chefs nicht nur wissen, welche Gewerkschaften im Betrieb sind, sondern auch wie viele Mitglieder sie haben.

Das alles und noch einige Punkte mehr sind aber nur Nebenschauplätze. Viel bedeutender ist der offene Bruch der Verfassung, die dieser Angriff auf das Streikrecht der Arbeiter*innen bedeutet. Bezeichnenderweise scheint es außer in der Regierung niemanden zu geben, der an der Verfassungswidrigkeit zweifelt. Wenn

Anzeige

schon kein Widerstand, so kommen doch Kritik oder zumindest Zweifel am „Tarifeinheitsgesetz“ auch aus ganz unerwarteten Richtungen.
So kritisieren zum Beispiel die sogenannten „Wirtschaftsweisen“ die Pläne zur Tarifeinheit und fragen ganz offen nach dem Sinn und der Rechtfertigung für diesen harten Eingriff in die Tarifautonomie.(3) Das Institut der Deutschen Wirtschaft in Köln gibt zu, dass „ in Einzelfällen es zu einer Einschränkung des Streikrechts kommen“ kann.(4) Und selbst ...

Aktuell

... der Wissenschaftliche Dienst des Bundestages kommt in seinem Rechtsgutachten darauf, dass das Tarifeinheitsgesetz gegen das Grundgesetz verstößt.(5) Ganz zu schweigen natürlich von einer ganzen Reihe von juristischen Gutachten, die von den Spartengewerkschaften und auch einigen Parteien in Auftrag gegeben wurden. Das alles kümmert ganz offensichtlich weder Andrea Nahles, noch ihre Parteigenoss*innen oder das Kabinett auch nur die Spur.
Am 05.03.2015 ging das Gesetz dann auch in erster Lesung in den Bundestag. Falls nicht genug öffentlicher Druck auf die Parteien (hier besonders SPD und CDU) aufgebaut werden kann, wird das Gesetz kommen. Schon vor Monaten haben mehrere Spartengewerkschaften angekündigt dann bis zum Bundesverfassungsgericht gegen das Gesetz zu klagen. Das wird leider ein langfristiges Projekt werden. In der Zwischenzeit könnte es dazu kommen, dass die kleinen Gewerkschaften eingehen und/oder sich zahlreiche kostspielige juristische Auseinandersetzungen darum liefern müssen, wer denn jetzt in welchem Betrieb die größte Gewerkschaft ist.

Ausblick

Am 21./22. Mai soll das Gesetz in zweiter bzw. dritter Lesung im Bundestag beraten und verabschiedet werden. Ob es soweit kommen wird, liegt natürlich auch an uns. Das Bündnis „Hände weg vom Streikrecht“ ruft für den 18. April zu einer bundesweiten Demo in Frankfurt am Main auf.(6) Aber, selbst wenn das Gesetz zur Tarifeinheit jetzt nicht kommen würde, wäre es fatal an zu nehmen, man hätte diesen Angriff vorläufig abgewehrt. Schon längst liegen Pläne bereit auf andere Art und Weise in das Streikrecht einzugreifen. Denkbar und in einschlägigen Kreisen viel diskutiert sind zum Beispiel eine „obligatorische Schlichtungslösung“, „Absprachepflichten zwischen den Gewerkschaften“ oder Eingriffe in Streiks, welche die sogenannte „Daseinsvorsorge“ (also Bahn, ÖPNV, Flugverkehr“) betreffen. Außerdem können und dürfen wir auch nicht die globale Dimension dieses Angriffes ignorieren. So rief die Internationale Transportarbeiter Föderation schon am 18. Februar 2015 zu einem globalen Aktionstag zur Rettung des Streikrechts auf.(7) Dies war notwendig geworden, weil die in der Internationalen Arbeitsorganisation (IAO) vertretenen Arbeitgeberorganisationen anfingen, ganz offensiv das Streikrecht als solches in Frage zu stellen.

Endnoten

(1) (BAG v. 23.6.2010 – 10 AS 3/10; BAG v. 27.1.2010 – 4 AZR 549/08, NZA 10, 645)
(2) Maximilian Schmidt, wissenschaftlicher Mitarbeiter am Institut für Arbeitsrecht (Lehrstuhl Professor Thüsing) in Bonn und Promotion zum Individualarbeitsrecht. http://www.juraexamen.info/tarifeinheit-was-hat-es-eigentlich-damit-auf-sich/ | Stand 16.03.2015
(3) Quelle: http://www.aerzteblatt.de/nachrichten/60842/Wirtschaftsweise-kritisieren-Plaene-zur-Tarifeinheit | Stand 16.03.2015
(4) Quelle: Institut der Deutschen Wirtschaft - Köln http://www.iwkoeln.de/de/infodienste/iw-nachrichten/beitrag/tarifeinheitsgesetz-stabilitaet-statt-streikchaos-215408 | Stand 16.03.2015
(5) Quelle: 01.03.2015 – 16: 13 dpa http://www.handelsblatt.com/finanzen/steuern-recht/recht/wissenschaftlicher-dienst-tarifeinheit-verstoesst-gegen-grundgesetz/11441546.html | Stand 16.03.2015
(6) http://streikrecht-verteidigen.org/
(7) http://www.itfglobal.org/de/campaigns-solidarity/campaigns/defend-the-right-to-strike/

Anzeige

Hände weg vom Streikrecht – Streikrecht ist Grundrecht! Für volle gewerkschaftliche Aktionsfreiheit!

Unter diesem Motto rufen wir auf zu einer bundesweiten Demonstration am 18. April nach Frankfurt a. M,. Am 21./22. Mai 2015 soll das höchst umstrittene »Tarifeinheitsgesetz« in 2. und 3. Lesung im Bundestag beraten und verabschiedet werden. Kommt es so weit, wird ein weiteres Grundrecht – wie bei der weitgehenden Aushebelung des Asylrechtes Anfang der neunziger Jahre – massiv eingeschränkt.

★ *Von: Initiative "Hände weg vom Streikrecht! Für volle gewerkschaftliche Aktionsfreiheit"*

Aufruf lesen, direkt unterstützen, nach Frankfurt fahren!

Die EU-weiten Angriffe auf das Streikrecht – zwecks Sicherung der Konzernprofite – ist offizielles Ziel der »EU-Agenda 2020«. Seit einigen Jahren wird dieses Ansinnen, entsprechend der jeweiligen Bedingungen in den einzelnen EU Staaten, in unterschiedlichem Tempo umgesetzt. Im Rahmen der internationalen ökonomischen »Krisenbewältigung« der EU wurde das Demonstrationsrecht in Spanien massiv eingeschränkt und in Griechenland das Streikrecht bereits weitgehend abgeschafft.

Der erste Schritt zur Einengung des Streikrechtes in Deutschland nennt sich »Tarifeinheitsgesetz«. Entgegen allen Beteuerungen aus den Reihen der Großen Koalition und des DGB wird mit diesem Gesetz das Streikrecht massiv eingeschränkt, in dem mit Mehrheitsbestimmung zwei Klassen von Gewerkschaften entstehen: die einen, die noch streiken dürfen und die anderen, die bestenfalls Tarifergebnisse, die andere ausgehandelt haben, abnicken dürfen.

»Der faktische Entzug des Rechts, Tarifverträge abzuschließen und dafür einen Arbeitskampf zu führen, stellt einen denkbar weitreichenden Eingriff dar, der nur noch durch ein Gewerkschaftsverbot übertroffen werden könnte«, stellte Prof. Däubler in seinem Gutachten fest, was er im Auftrag der Partei Die Linke erarbeitet hat (http://tinyurl.com/oqd6qrc.). In einem »Juristenaufruf« fordern Arbeitsrechtsanwälte die Regierung zum sofortigen Stopp des Gesetzes auf (http://tinyurl.com/kcrjh6h).

Das sogenannte „Tarifeinheitsgesetz“ bedroht eines unserer wesentlichen Grundrechte, denn: Jeder Mensch hat das Recht zu streiken!

Das Aktionsbündnis »Hände weg vom Streikrecht – für volle gewerkschaftliche Aktionsfreiheit!« ruft deshalb zu einer bundesweiten Demonstration am 18. April in Frankfurt auf. Auftakt: 13 Uhr, Kaiserstraße / Kaisersack am Hauptbahnhof

Unterstützer*innen und weitere Informationen unter:
http://streikrecht-verteidigen.org/bundesweite-demo-gegen-das-tarifeinheitsgesetz/

Millionen stehen hinter uns!

Was die anarchistische und linksradikale Bewegung aus der neuen ‚Linksextremismus-Studie' lernen sollte.

★ *Von: Ben (Anarchistische Initiative Kaiserslautern)*

Am 23. Februar veröffentlichten zwei Wissenschaftler der FU Berlin die Ergebnisse ihrer Studie zum Linksextremismus „Gegen Staat und Kapital - für die Revolution!". Sie warnen, linksextreme Einstellungen seien in der Gesellschaft weit verbreitet, ein Sechstel besäße eine 'linksextreme Grundhaltung', 4% ein 'geschlossen linksextremes Weltbild'. Diese Ergebnisse sind nicht sehr verwunderlich, wurde die Studie schließlich von der ehemaligen Ministerin Kristina Schröder in Auftrag gegeben, die in ihrer Amtszeit hauptberuflich gegen alles Linke vorzugehen schien (Stichworte: Extremismus-Klausel, Fördertopf zur Linksextremismus-Bekämpfung, etc.). Die meisten Anarchist*innen und Linke wissen, warum sie den Extremismusbegriff ablehnen: Er konstruiert eine ‚gute Mitte', die es nicht gibt, setzt den Faschismus mit dem Einsatz für eine gerechtere Gesellschaft gleich und ist ein unwissenschaftliches Produkt des Verfassungsschutzes zum eigenen Legitimationserhalt. So beginnen auch in diesem Fall die Forscher damit, die Ansichten von – ihrer Ansicht nach – linksextremen Gruppen zusammenzutragen, so ein ‚linksextremes Weltbild' zu konstruieren und dieses mit Ja-Nein-Fragen in der Bevölkerung zu suchen. Auf diese Weise ist – ganz wissenschaftlich - linksextrem, wen man dafür hält.

Das dabei entstehende Bild wird den vielfältigen und sehr verschiedenen linksradikalen Theorien und Ideologien natürlich nicht gerecht. Zu den meisten Fragen der Studie wurden schon ganze Bücher geschrieben. Die Forscher glauben aber an ein einheitliches 'linksextremes' Weltbild, in das sich dann linke Sozialdemokrat*innen, Kommunist*innen und Anarchist*innen zusammengeworfen sehen, obwohl sie einige Fragen ganz unterschiedlich beantworten würden.

Trotzdem ist die Linksextremismus-Studie interessant, fragt sie doch Ansichten ab, die ansonsten kaum demoskopisch erfasst werden. Während in den meisten Umfragen vor allem die Wahlabsicht oder die Zufriedenheit mit irgendwelchen Politiker*innen abgefragt wird, drehen sich die Fragen der Studie um die Meinung der Bevölkerung zum Kapitalismus oder der Revolution. Im folgenden werden die Ergebnisse der Umfrage aus ‚linksextremer'(1) Sicht beleuchtet.

Ein zusätzlicher Schwachpunkt der Studie besteht darin, in ihrer Linksextremismus-Skala nicht zwischen den verschiedenen Arten der Fragestellung zu unterscheiden. Abgefragt werden konkrete Einschätzung gesellschaftlicher Zustände, allgemeine Aussagen und Forderungen. Verständlicherweise sind die Einstellungen der Befragten bei den verschiedenen Arten unterschiedlich:

Linksextreme Einschätzungen der Realität in Deutschland werden oft von 40-50% der Bevölkerung geteilt. Die Spitzenposition nimmt dabei die Frage nach „echter Demokratie" ein, die von 61% nicht als solche angesehen wird. Einschätzungen zu zukünftigen Entwicklungen (hin zu einer Diktatur oder gar zum Faschismus) werden nur in geringerem Maße geteilt.

Aus diesen Beobachtungen entsprechende allgemeine Aussagen (zu Begriffen wie Kapitalismus und Sozialismus) abzuleiten, gelingt im Schnitt nur noch einem Drittel der Befragten.

Linksextreme Forderungen stellen dagegen noch weniger Menschen. Je nach Radikalität bzw. gesellschaftlicher Anerkennung der Forderungen werden sie von 16% (Abschaffung aller Nationalstaaten) bis 37% (keine Demonstrations- und Meinungsfreiheit für Nazis) geteilt.

Hier wird deutlich: Eine politische Theorie, die Erfahrungen der gesellschaftlichen Realität erklären und zu allgemeineren Konzepten und Gesetzen zusammenfassen kann und daraus dann konkrete Forderungen entwickelt, ist keineswegs umsonst. Viele Menschen können überzeugt werden, wenn man sie dazu bringt, sich über konkrete Themen (wie Antirassismus oder Antifaschismus) hinaus mit politischen Ideen und Theorien zu beschäftigen. Wer sich dagegen mit möglichst radikal klingenden Forderungen versucht zu profilieren, wird wohl zumindest aktuell unter sich bleiben.

Die Forscher haben ihre Fragen in die Themenfelder Antikapitalismus, Antirassismus, Demokratie, Kommunismus/Sozialismus sowie (gesondert) politisch motivierte Gewalt aufgeteilt.

Der Kapitalismus wird von ca. einem Drittel der Bevölkerung für Armut Hunger und Kriege verantwortlich gemacht. Etwas weniger als 30% meinen, wirkliche Demokratie sei nur ohne Kapitalismus möglich und dieser müsse deshalb überwunden werden um die Herrschaft einer kleinen Minderheit zu beenden. Gleichzeitig sehen lediglich 16% unternehmerische Freiheit nicht als Grundlage für den Wohlstand, was als grundsätzliche Ablehnung staatlicher Kommandowirtschaft verstanden werden darf.

48% der Bevölkerung sehen eine tief verwurzelte Ausländerfeindlichkeit in Deutschland. Wiederum ein Drittel fordert, alle Flüchtlinge aufzunehmen (und fällt somit nicht auf die Trennung zwischen „guten Kriegsflüchtlingen“ und „bösen Wirtschaftsflüchtlingen“ herein) und hält die Polizei für auf dem rechten Auge blind. Jedoch halten gerade einmal 9% die deutsche Ausländerpolitik für rassistisch.
Beinahe die Hälfte der Bevölkerung sieht eine Diffamierung und zunehmende Überwachung von Systemkritiker*innen und ein Fünftel hält Reformen für nutzlos und fordert eine Revolution. Verglichen mit den Zustimmungswerten für andere Fragen sind 20% gar nicht so viel, aber: Die Bolschewiki haben schon mit weniger Unterstützung eine Revolution durchgesetzt.
Den Sozialismus/Kommunismus halten trotz der bisher schlechten Umsetzung 42% für eine gute Idee, ebensovielen ist soziale Gleichheit wichtiger als die Freiheit des Einzelnen.
Politisch motivierte Gewalt, selbst Gegengewalt, lehnt eine überwältigende Mehrheit ab. Dass 46% der Bevölkerung gleichzeitig das staatliche Gewaltmonopol nicht beibehalten wollen, zeigt, wie sehr der Staat als unnötig gewalttätig empfunden wird.
Junge Menschen sind ebenso wie Ostdeutsche empfänglicher für linksextreme Ideen, auch wenn es bei einzelnen Fragen Ausnahmen gibt.
Die Studie zeigt auch, mit welchen Ansichten man nur wenige überzeugen kann. Die Abschaffung von Nationalstaaten fordern gerade einmal 16%, obwohl ja sogar bürgerliche Politiker*innen von den ‚Vereinigten Staaten von Europa‘ träumen. Damit hat Antinationalismus genauso viel Zustimmung wie die Ansicht der Komintern aus den 20er und 30er Jahren, der Kapitalismus führe letztlich zum Faschismus. Auch mit Sprüchen wie „Kapitalismus oder Barbarei!“ (in der Studie: „Nur im Sozialismus/Kommunismus ist ein menschenwürdiges Leben möglich“; 13% Zustimmung) wird man kaum die Massen begeistern können.

Aus anarchistischer Sicht dürfte es nicht überraschend sein, dass viele Befragte zunehmende Überwachung oder einen Alltagsrassismus wahrnehmen – Dinge, für die sich viele Belege finden lassen. Das wichtigste Ergebnis der Studie ist für uns stattdessen folgendes: Es gibt ein großes Potenzial an Menschen – mindestens ein Drittel der Bevölkerung – die bereit sind, sich von anarchistischem und linksradikalen Denken überzeugen zu lassen. Menschen, die dem Kapitalismus kritisch bis ablehnend gegenüberstehen, Rassismus – und nicht Ausländer*innen – für ein gesellschaftliches Problem halten und die deutsche Demokratie nicht so toll finden wie die herrschenden Eliten. Diese Menschen sollte man nicht mit verbalradikalen Forderungen oder Gewaltfantasien abschrecken. Welche Argumente es letztlich sein werden, die sie überzeugen (es werden viele verschiedene sein), müssen wir ausprobieren; dann werden wir es sehen. Die anarchistische Bewegung hat den Vorteil, nicht erst ihre Geschichte verarbeiten oder ein einheitliches Programm formulieren zu müssen. Wir können jetzt damit anfangen, auf alle Leute zuzugehen, die sich mehr erhoffen, als das kapitalistische System ihnen zugesteht, die enttäuscht oder zumindest kritisch sind. Wir sollten es tun.

Endnote

(1) Da mittlerweile klar geworden sein sollte, dass ich den Extremismus-Begriff ablehne, werden die Anführungszeichen der Leserlichkeit wegen weggelassen.

Weitere Infos:

Die Pressemitteilung zur Studie findet sich unter http://www.fu-berlin.de/presse/informationen/fup/2015/ fup_15_044-studie-linksextremismus/

Auch das A-Radio Berlin hat sich in seinem Februar-Rückblick mit der Studie beschäftigt:
http://aradio.blogsport.de/2015/03/06/libertaerer-podcast-februarrueckblick-2015/

Für eine weitere Auseinandersetzung mit dem Extremismus-Begriff siehe
http://www.weiterdenken.de/sites/default/files/extremismus_2010_monitor.pdf und http://www.antifaschistische-linke.de/PDF/total-extrem.pdf

Nachrichtenschranke

★ *Von: Twark Main*

Bildschirm
Kalt.Leer.
Der Feuersturm ist angekündigt
Das nächste Unwetter trifft hoffentlich – die Anderen
Das Sterben der Anderen ist noch ein Film

SCHREI!
Ich sollte ...
SCHREI!
Ich könnte ...
SCHREI ENDLICH!

Diskussionsbeitrag zur Stadtentwicklung

★ *Von: Libertäre Aktion Frankfurt Oder*

Stellt euch vor,
… anstelle eines Yachthafens(1), der für eine privilegierte Elite nutzbar ist und für den ein weiteres Stück grün in Frankfurt weichen musste, würde in der Lebuser Vorstadt ein Naturerholungszentrum entstehen, von dem jede*r profitiert. Natürlich ohne das umliegende Gebiet danach zu einer Gegend zu erklären, die im Nachhinein durch höheren Marktwert und Wohlfühlfaktor sowie damit verbunden steigenden Mieten wieder nur für einen privilegierten Teil der Bevölkerung bewohn- und deshalb direkt nutzbar ist. Nehmt auch den Bau eines Luxuseinkaufszentrums(2) an der Oderbrücke nicht einfach so hin, hinterfragt ihn. Birgt es vielleicht mehr Risiken, als dass es Nutzen bringen wird – bringt es die restlichen, übrig gebliebenen Einzelhandelsgeschäfte in der Magistrale in Gefahr?(3) Erhöhen im Konsumtaumel schwebende Menschen und das Abtauchen in eine vorübergehend zufriedenstellende Scheinwelt wirklich unsere Zufriedenheit? Würde nicht vielleicht die Umwandlung der Gegend um die Stadtbrücke in eine Kreativfläche, die für alle Menschen und Initiativen nutzbar ist, unsere Lebensqualität erhöhen? Oder eventuell doch ein internationaler Wochenmarkt mit frischem Obst und Gemüse und kulturellen Beiträgen?

Manchmal kommen wir um Abriss einfach nicht drum herum. Aber müssen deshalb halbe Stadtteile dem Erdboden gleichgemacht werden(4) und im gleichen Atemzuge die Innenstadt in einer Art und Weise aufgewertet werden, die die sozial Schwächsten in unserer ohnehin von monetären Werten geprägten Gesellschaft einfach nicht mitdenkt, sondern ausschließt.(5) Eine Aufwertung, die auch zunehmend Einzelhändler*innen das Leben schwer macht, und welche die Entwicklung in der Innenstadt mehr und mehr zahlungsstarken Privatinvestor*innen überlassen, die im Allgemeinen nicht nach der Meinung der Stadtbevölkerung fragen.(6) Wir denken, dass Lebensqualität in gemeinschaftlichem Handeln und Miteinander schneller wachsen kann – zu diesem Miteinander gehört auch das Mitdenken in irgendeiner Art und Weise sozial schwächer gestellter Menschen. Wie sonst sollte man geprägt von Existenzangst und Daseinszwängen eine Motivation dafür entwickeln, sich am gesellschaftlichen Leben zu beteiligen? In Frankfurt (O.), einem Ort, der im herrschenden System ohnehin viele unzufriedene Menschen hervorbringt, ist diese Demotivation tagtäglich sichtbar. Diese äußert sich aber viel zu oft in offen zur Schau getragenem Rassismus und der Abwertung vermeintlich „anderer“ Menschen, um seine eigene, vermeintliche soziale Besserstellung aufgrund einer bestimmten Staatszugehörigkeit zu manifestieren.(7)

Das Lichtspieltheater der Jugend war ein kleiner Lichtblick. Viele Menschen aus Frankfurt (Oder), auch Menschen, die nicht unbedingt politische Ämter bekleiden, diskutierten zum Ende letzten Jahres lebhaft über die Zukunft des Lichtspieltheaters. Viele Ideen kamen zusammen, vom Café, über ein Retro-Kino bis hin zu einem Mehrgenerationenhaus war alles dabei.(8) Letztendlich wurde aber auch an der Diskussion dieses Objekts wieder sichtbar, dass eine starke Spaltung zwischen Menschen, die Politik machen und Menschen, für die vermeintlich Politik gemacht wird, existiert. Die Initiative um das Theater scheint noch nicht ganz eingeschlafen, jedoch scheint auch dieses Objekt wieder einmal zu einem Verwaltungsakt verkommen zu sein.(9) Könnte es anders laufen? Was wäre, wenn das Lichtspieltheater in die Hand der Stadt käme und diese die Gründung eines Bürger*innenkomitees anregen würde, das durch entsprechende Expert*innen unterstützt wird. Ein Komitee, das über die Zukunft des Lichtspieltheaters gemeinsam entscheidet. Schließlich gab es ja doch viele verschiedene Vorstellungen, was mit dem Lichtspieltheater geschehen könnte. Vor- und Nachteile aller Vorschläge sollten auch fernab von Profit- und Prestigeinteressen bewertet werden.

Lebensqualität wird nicht durch die verstärkte Durchsetzung von Kapitalinteressen erhöht. Ladet ALLE Nachbar*innen in euren Häusern und Straßen ein und schließt euch zu Straßengemeinschaften zusammen. Bestimmt selbst und gemeinsam, wie ihr euer näheres Lebensumfeld gestalten und verändern könnt. Vielleicht könnt ihr auch eure Häuser und Wohnungen als Hausvereine übernehmen – Lebensraum darf schließlich nicht länger eine Ware bleiben, die zu einem marktwirtschaftlichem Spekulationsobjekt verkommt. Wohnraum muss bezahlbar bleiben – auch für die Schwächsten in unserer Gesellschaft. Ihr könntet eure Anliegen in die Stadtverordnetenversammlung tragen und verteidigen – mit Nachdruck und gemeinschaftlich. Wir wurden schließlich nicht dazu geboren, unser Leben von Stellvertreter*innen, zum Beispiel Wohnungsbaugesellschaften und Stadt, gestalten und verwalten zu lassen.

Unsere kleine Reise in die Utopie eines aus unserer Sicht für alle lebenswerteren Frankfurts kann im wahrsten Sinne sehr utopisch anmuten. Realistisch und nach (markt)wirtschaftlichen Gesichtspunkten betrachtet, würden wir aber zu ähnlichen Schlüssen kommen: Mit mehr Mitbestimmung, Eigeninitiative und Selbstverwaltung einer Stadt von Bürger*innen für Bürger*innen kommt Frankfurt als Konsumstandort eine sekundäre Rolle zu – jedoch würden die Verwaltungskosten durch die Stadt in ebenso hohem Maße sinken. Was unser utopischer Ausflug nicht beantworten kann, ist die Frage, wie wir zu mehr Selbstbestimmung und Selbstverantwortung kommen. Wie wir von passiv verwalteten Bürger*innen zu aktiv handelnden Individuen werden, gesellschaftlicher Vereinzelung vorbeugen und eine merkliche Politikverdrossenheit in der Gesellschaft in selbstbestimmtes Handeln umwandeln. Wäre es nicht viel schöner, wenn wir unsere Nachbar*innen einfach an die Hand nehmen könnten, zufrieden vor unsere Haustür in eine bunte, vielfältige Stadt treten könnten, in der auch unsere eigenen Vorstellungen, unsere eigenen Fähigkeiten und unser eigenes Können Platz gefunden haben? Das Konzept „Wir im Quartier“ bietet bereits einen guten Ansatz für solcherlei Projekte, wobei es noch wesentlich ausbaufähiger ist und die Beteiligung noch stark erhöht werden könnte. Es wurden in den letzten Jahren unzählige Konzepte entworfen und verworfen die Kaufkraft in Frankfurt (Oder) zu erhöhen, um damit auf einen Weg zu Glück und Wohlstand zu gelangen. Das Scheitern sämtlicher Konzepte liegt nicht nur an der Stadtverwaltung, sondern an der allgemein verbreiteten Gleichsetzung des Kapitals als unhinterfragbaren Heilsbringer oder übermächtige Gottheit, die den Menschen irgendwann schon auf den Weg in ein zufriedenes Leben geleiten wird.

Wir denken, es ist Zeit, einen anderen Weg zu gehen – unzählige Beispiele auch über Frankfurt (Oder) hinaus beweisen das.

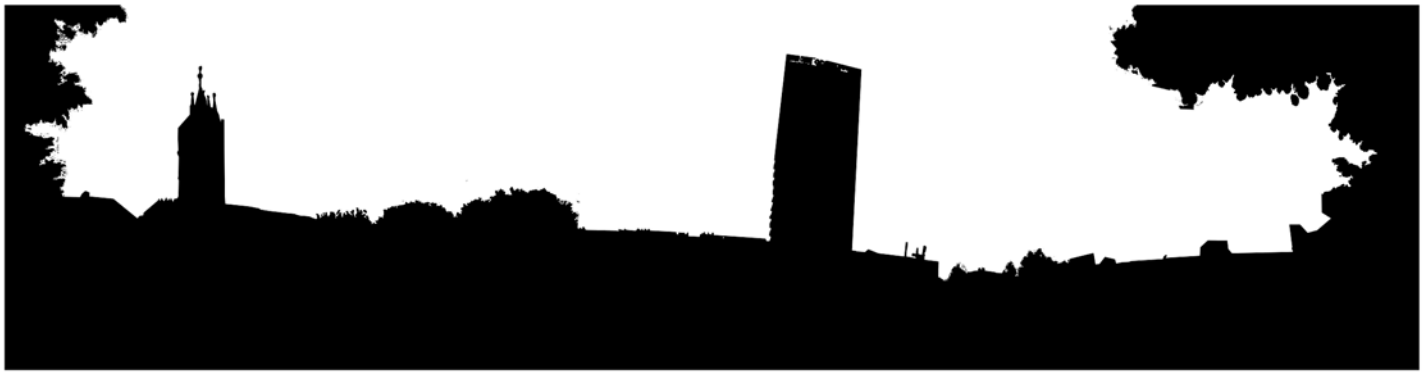
Endnoten

(1) http://www.moz.de/artikel-ansicht/dg/0/1/1319113
(2) http://www.moz.de/details/dg/0/1/1361617/
(3) http://www.moz.de/artikel-ansicht/dg/0/1/1018154
(4) http://www.moz.de/artikel-ansicht/dg/0/1/1132965
(5) http://www.blickpunkt-brandenburg.de/nachrichten/frankfurt-oder/artikel/29542.html
(6) http://www.moz.de/heimat/lokalredaktionen/frankfurt-oder/artikel9/dg/0/1/1311289/
(7) http://www.moz.de/heimat/lokalredaktionen/frankfurt-oder/artikel9/dg/0/1/1311289/
(8) http://www.blickpunkt-brandenburg.de/nachrichten/frankfurt-oder/artikel/30260/Altes+Kino+in+Licht+getaucht
(9) http://www.moz.de/heimat/lokalredaktionen/frankfurt-oder/artikel9/dg/0/1/1344446/

BERLIN

In den letzten Jahren hat sich die Hauptstadt rasant verändert. Wohnungen, die lange als unattraktiv galten, werden von Anlegern als sichere Geldanlagen genutzt. Massenhafte Umwandlungen in Eigentumswohnungen und Mietsteigerungen in bisher unbekanntem Ausmaß werden alltäglich. Die sichtbaren Mieterproteste in der schillernden Metropole Berlin sind eine Reaktion auf die zunehmend mangelhafte Versorgung mit bezahlbarem Wohnraum.
Der Film ist ein Kaleidoskop der Mieterkämpfe in Berlin gegen die Verdrängung aus den nachbarschaftlichen Lebenszusammenhängen. Eine Besetzung des Berliner Rathauses, das Camp am Kottbusser Tor, der organisierte Widerstand gegen Zwangsräumungen und der Kampf von Rentner*innen um ihre altersgerechten Wohnungen und eine Freizeitstätte symbolisieren den neuen Aufbruch der urbanen Protestbewegung.

„MIETREBELLEN“
Ein Dokumentarfilm von
Gertrud Schulte Westenberg und Matthias Coers
D 2014 | 78 min. | OmeU



Gespensterjagd – Zur Ideengeschichte des Antikommunismus

★ *Von: Gruppen gegen Kapital und Nation*

„Ein Gespenst geht um in Europa – das Gespenst des Kommunismus. Alle Mächte des alten Europa haben sich zu einer heiligen Hetzjagd gegen diese Gespenst verbündet“, schrieben Marx und Engels im Kommunistischen Manifest – und das ist im Gegensatz zu anderen Behauptungen in dieser Schrift eine ziemlich wahre Aussage. Hass auf und Furcht vor radikaler Veränderung der bürgerlichen Gesellschaft sind so alt, wie ihre revolutionäre Durchsetzung selbst.
Spätestens mit der Französischen Revolution, die nicht in religiöser Verkleidung agierte, wie die niederländische und englische Revolution, und die in ihrer theoretischen Begründung wesentlich radikaler war, als etwa die amerikanische, entstand die Furcht vor dem „roten Terror“ (übrigens bevor „La Grande Terreur“ 1793 wirklich losging). Im Folgenden geht es um eine Rekonstruktion von Bildern und Vorstellungen und um eine Darstellung der Veränderung des Antikommunismus.
Antikommunismus heißt hier erstmal die Ablehnung und Feindschaft gegenüber der grundlegenden Veränderung der modernen Welt – sei es durch Aufhebung von Herrschaft oder durch Veränderung der Herrschaftszwecke. Dass diese Ablehnung keine wissenschaftliche Kritik ist, sondern Ressentiment, das sich permanent Widersprüche und Doppelstandards leistet, wollen wir im Folgenden zeigen.

Dass Antikommunist*innen gegenüber linken Bewegungen oder Theorien feindlich eingestellt waren, heißt aber nicht unbedingt, dass diese Bewegungen tatsächlich auf Kommunismus abzielten oder hinausgelaufen wären. Bewegungen mit solch grundlegenden Forderungen hat es nur wenige gegeben – denn jene Bewegungen, denen eine solche Absicht unterstellt wurde, teilten viele Ressentiments ihrer Gegner: Die Kritik an, sagen wir mal, der UdSSR oder der deutschen Sozialdemokratie, sie seien antinational, kosmopolitisch, wollten Familie und Moral zugunsten der freien Liebe zerstören und eine Gesellschaft mit möglichst wenig Arbeit einführen, wurden von den Protagonisten der Arbeiter*innenbewegung mit Empörung zurückgewiesen.

Anzeige

Der Antikommunismus verrät uns also viel über die Antikommunist*innen, aber wenig über die wirklichen sozialistischen, sozialdemokratischen, linkssozialistischen, kommunistischen, anarchistischen usw. Bewegungen, Parteien und Organisationen, gegen die er sich richtete. Antikommunismus ist fester Bestandteil des nationalen Bewusstseins und Immunisierungsstrategie gegen die Kritik an der bestehenden Gesellschaft. Er wird hin und wieder zum beherrschenden Thema in der nationalen Öffentlichkeit (1) und ist als Abwehr radikaler Kritik immer unterstellt. „Der Mensch ist nicht so“, mag der immer gleiche Leitsatz sein, mit dem jedwede Kritik zurückgewiesen wird. Das Folgende soll eine Skizze des geschichtlichen Wandels dieses Gedankens sein.

Wandel der Kommunismus-Bilder

Die qualitativen Sprünge dieses Bildes ergeben sich zumeist aus Veränderungen der politischen Situation. Dennoch sind diese Sprünge Teil einer Entwicklung, und die verschiedenen, hier beschriebenen Etappen bauen aufeinander auf und überlagern einander. Dem Antikommunismus kommt es nicht auf Kohärenz an; ein Denken, dass sich auf die Verteidigung des Bestehenden versteift hat, ist wahllos bei den Argumenten, weil es sich durch die Existenz der Gesellschaft, die es verteidigt, auf jeden Fall ins Recht gesetzt sieht. Die Antikommunismen früherer Etappen existieren munter neben den neueren her, Argumentationsweisen werden übernommen und neu eingepasst für die nunmehr geltenden Verteidigungsformen des Bestehenden.
In der ersten Phase des Antikommunismus wird im Zuge der bürgerlichen Revolutionen von 1789, 1830 und 1848 „Communismus“ zu einem relativ unbestimmten Synonym für Umsturz, Rebellion, Zerstörung der gottgewollten Ordnung. Die Jakobinermütze und die brennende Kirche werden zu Symbolen für die Umwertung aller Werte, die Zerstörung jener Tradition, die allein dem Menschen den Halt gäbe. „Communismus“, soweit das Wort schon im Gebrauch ist, wird als verrückte Wahnidee des Verteilens aller Güter und der Ermordung der Reichen gehandelt; im Kommunismus ist der Mensch, der sich gegen Gott erhebt, am Werk. Zugleich wird über „Socialismus“ als Heilmittel gegen die sozialen Übel jenes Gemischs aus kapitalistischer Entwicklung und vorbürgerlicher Herrschaft, das damals in Europa vorherrschte, in bürgerlichen und anderen Kreisen diskutiert. Antikommunismus ist in dieser Epoche eine Denunziation demokratischer Bewegungen, hier tritt er also in Erscheinung als

Verteidigungsideologie des Adels.
Mit der Pariser Commune und dem Erstarken der sozialistischen Arbeiter*innenbewegung wird der Kommunismus als Bewegung der primitiven, unaufgeklärten Massen, die von böswilligen Agitatoren aufgehetzt sind (s. erster Punkt), dargestellt. Da Kultur und Zivilisation auf Privateigentum beruhen würden, würden die „gefährlichen Klassen“ diese zerstören, wenn sie sich mit ihren verrückten Vorstellungen durchsetzen würden. Die unteren Klassen seien die Verlierer*innen jenes „Lebenskampfes“, der allein jene Anstrengungen erzwingen würde, auf denen alle großen Kulturleistungen und alle Zivilisation beruhen würde. Die „gesichtslose Masse“ sei niemals in der Lage, die Gesellschaft zu führen, sie müsse notfalls mit Gewalt niedergehalten werden; ihre Minderwertigkeit zeige sich an ihrer gesellschaftlichen Stellung. Dabei verfuhren die Ideologen tautologisch: Die Leute seien „minderwertig“, weil sie „unten“ seien – und „unten“ seien sie, weil sie „minderwertig“ seien. Diese rassistische Herleitung des Wesens eines Menschen oder einer Menschengruppe fungiert als Verteidigungsideologie des Bürgertums.
Mit dem Übergang in die kolonial-imperialistische Ära wird die Idee vom Kommunismus als internationale Bewegung, die die eigene Nation schwäche und zerstöre betont. Zugleich wird der Sozialismus als Teil der Degenerationserscheinungen der westlichen Welt, als krankhaftes Symptom der modernen städtischen Entwicklung verstanden. Zum Einen der Sozialismus als pazifistische Bewegung, der dem eigenen Volk die Waffe aus der Hand schlage, in einer Welt von Feinden, eben weil er die Wahrheit des ewigen Kampfes um Lebensraum und Macht nicht anerkenne. Zum Anderen die Befürchtung, Sozialismus als Aufhebung der Konkurrenz bewirke den Zerfall der Zivilisation, die Förderung der „Minderwertigen“ gegenüber den „Gesunden“. Zum Dritten, die Vorstellung, die sozialistische Arbeiter*innenbewegung predige den Klassenhass und entzweie damit das Volk und mache es handlungsunfähig. Nicht nur in Deutschland verbindet sich dieser Antikommunismus mit dem Antisemitismus: Feindliche Mächte, die im Geheimen wirken, wollen dem Vaterland ans Leder, hier wirkt der Antikommunismus als nationale Integrationsideologie.
Mit der Oktoberrevolution und der Errichtung der UdSSR wird Kommunismus zum Bild für brutalen Terror, der asiatischen Bedrohung (ob es nun „die Hunnen“, „die Mongolen“ oder „die gelbe Gefahr“ ist) Europas durch Bestialität, Umwertung aller Werte. Der Kommunismus wird zu einer mörderischen bedrohlichen Macht, die im Dienste des Bösen, des Weltjudentums steht oder schlicht selbst das Böseste ist. Von Moskau gelenkt, grabe und wühle der Weltkommunismus überall und versuche durch die Weltrevolution eine Welt des Terrors herbeizuführen. Der faschistische Antikommunismus ist nicht bloß ein Instrument „der Herrschenden“ um eine sozialistische Revolution zu verhindern, wiewohl das für manche Kapitalist*innen oder Großgrundbesitzer*innen Grund für die finanzielle Unterstützung gewesen sein mag, er ist Teil einer Ideologie eines Weltkreuzzugs, die einen Weltkrieg für die eigene Macht legitimiert, d. h. hier funktioniert er als Rechtfertigung des Imperialismus. (Für die deutschen Nazis hingegen war der Kampf gegen den „Bolschewismus“ nur ein Teil ihres Kampfes gegen das „Weltjudentum“.)
Nach dem Zweiten Weltkrieg wird der Kommunismus zum Synonym für sowjetisches Weltmachtstreben – im Regelfall ohne jüdische Weltverschwörung. Als Teil der „totalitären Bedrohung“ der westlichen Demokratie wird der Kommunismus dem Faschismus gleichgesetzt, wobei er natürlich zugleich der gefährlichere, weil noch existierende und weltweit agierende sei. Ehemalige Faschist*innen und die C-Parteien haben dabei noch in 50er Jahren durchaus die Betonung auf die Bedrohung des Abendlandes gelegt. Hier fungiert Antikommunismus als Integrationsideologie für Faschist*innen und als Rechtfertigung des Kalten Kriegs.

Mit der Entspannungspolitik und der 68er-Bewegung wird der Kommunismus zu einem „gescheiterten Projekt“, in das sich nur „totalitäre Träumer“ verlieben können. Die Renaissance des Marxismus(-Leninismus) wird als Ausdruck des jugendlichen Idealismus zugelassen, zugleich aber als irrationale Protesthaltung den Jugendsekten und Drogen gleichgesetzt, wo auch wohlmeinende Naivlinge für finstere Zwecke eingespannt werden. Gleichzeitig werden aber die Sozialliberalen, die diesen neuen, etwas gelasseneren Antikommunismus predigen, des schleichenden Übergangs zum Sozialismus bezichtigt; Demokratisierung, Emanzipation und sexuelle Revolution werden als Taktik der Kommunist*innen bei der Zerstörung der westlichen Welt denunziert. Anfang der 70er Jahre fuhr der bürgerliche Staat einen ambivalenten Kurs: Einerseits wurden Projekte, die durchaus ein gesellschaftskritisches Selbstverständnis aufwiesen, gefördert – andererseits hagelte es Berufsverbote für linksradikale Staatsdiener*innen, und das nicht nur für Lehrer*innen. Schluss mit der Toleranz ist spätestens seit Mitte der 70er Jahre, als der angelinkste Reformidealismus nicht mehr gefragt war, und als 1977 die letzte „Offensive“ (2) der RAF scheitert.
1986-89 verkleidete sich der Antikommunismus in die besorgte Betrachtung, ob die Reformen Gorbatschows gelingen, greifen etc. Das Echo auf die Selbstkritik (Perestroika) des Führers des Warschauer Pakts war durchweg positiv, und nicht zu verwechseln mit dem blöden Reformidealismus von Linken, die hofften, mit einer verwandelten Sowjetunion nunmehr auch im Westen voran zum Sozialismus schreiten zu können.
Nach 1989 gibt es kaum mehr Kommunist*innen, denn viele von denen, die sich zuvor noch so nannten, nahmen die praktische Selbstaufgabe des Realsozialismus sowjetischer Prägung zum Anlass, ihre theoretische

Anzeige

Kritik am Kapitalismus gleich mit zu beerdigen. Dass Antikommunismus trotz dieses Siegeszugs der Marktwirtschaft auch heute noch Konjunktur hat, äußert sich einerseits in den politischen Kampagnen der Rechten und der politischen Selbsthygiene der Linken, welche stets darum bemüht sind, etwaige kommunistische Töne in den eigenen Reihen möglichst schon im Keim zu ersticken. Andererseits zeigt sich die Aktualität des Antikommunismus in dem Engagement der Federführenden der politischen Medienöffentlichkeit, welche sich in aller Regelmäßigkeit aufs Neue gefordert sehen, den ideologischen Kampf gegen Kommunismus zu führen – gegen einen Kommunismus, der ihnen wohl niemals tot genug sein wird.

Ambivalenz des „Arbeiters“

Aus heutiger Sicht mag die Lektüre früherer antikommunistischer Werke erstaunlich sein: Die Gleichsetzung von Arbeiter*innen und Kommunismus war in früherer Zeit keineswegs bloß eine versponnene Theorie von Linken, die sich über die Wirklichkeit hinwegtäuschen wollten, sondern auch von den Gegner*innen akzeptierte Wirklichkeit. Auch wenn sie so absolut nie hingehauen hat – aus einer Lage erwächst nun mal kein Bewusstsein, sondern immer nur aus der Interpretation einer Lage – ist doch zu beobachten, dass die Verteidiger*innen der bürgerlichen Gesellschaft in den unteren Klassen Feind*innen erblickten. Geschult an dieser Erfahrung, schien Kommunist*innen und Sozialist*innen das Lob des „deutschen Arbeiters“ durch die Nazis nur als ein Fall sozialer Demagogie, das heißt, als einer neuen, besonders hinterlistige Taktik ihres alten Gegners, des Kapitals.

Die Linke legte sich die Gleichsetzung von „Volk“ und „Links“ schon deswegen zurecht, weil sie sich für die Rechte des Volkes stark machte. Ihre Idee war: Wir sind für das Volk, also muss das Volk für die Linke sein. Diese Gleichsetzung wurde mit dem Aufkommen konterrevolutionärer Massenbewegungen brüchig, in der Menschen gegen die eigene Emanzipation auf die Straße gingen. Ohne einen Geschichtsoptimismus à la „Der Sozialismus wird siegen“ ist die eigenartige Blindheit der Linken, die Nationalist*innen, Rassist*innen und Antisemit*innen nicht als solche erkennen, nicht zu verstehen. Wer, wie viele Leute in den 20ern und 30ern, den Faschismus nur als einen temporären Aufstand der Zurückgebliebenen gegen die Zukunft begreift, nimmt den Faschismus nicht erst und kann ihn daher auch nicht richtig bekämpfen.

Die Neubewertung des Volkes durch die politische Rechte hätte bei den Linken alle Alarmglocken schrillen lassen müssen. Mit dem Bild des sozialistischen Agitators und noch mehr des jüdischen Hintermannes, der die eigentlich guten Arbeiter*innen aufhetzt, beginnt die Aufspaltung des Bildes des Arbeiters in das der guten produktiven Arbeiter*innen und das der bösen streikenden Prolet*innen.

Diese ambivalente Sicht auf die Arbeiter*innenklasse hat durchaus ihren tieferen Sinn: Arbeiter*innen sind im Produktionsprozess Notwendigkeit und Problem zugleich. Sie sind jene Klasse, die den Reichtum schafft, der auch ihre Armut produziert, und das lieben die Faschist*innen an ihnen: Das selbstlose Opfer, den Dienst am Volke in der Produktionsschlacht, der genügsame Stolz auf die Produkte der eigenen Anstrengungen, ohne dass mensch selbst etwas von ihnen hätte. Eben jene „geheime“ Qualität der Ware Arbeitskraft, mehr Wert zu schaffen; die notwendige Bereitschaft der Arbeitskraftbesitzer*innen sich zum Mittel zu machen, ohne allzu viel davon zu haben; und schließlich jene psychischen Leistungen, die dem eigenen unerfreulichen Leben seinen höheren Sinn geben: der Stolz, arm, aber ehrlich zu sein, der Hass auf den Luxus, die quasi-militärische Disziplin der damaligen Fabrikarbeit. Die andere Seite des Arbeiters aber ist die aus seiner Rolle erwachsende Macht — „Mann der Arbeit aufgewacht, und erkenne Deine Macht. Alle Räder stehen still, wenn dein starker Arm es will“, dichtete damals die Arbeiter*innenbewegung. Dazu kam die damals durchaus verbreitete Verachtung für die feindliche bürgerliche Welt, ihre Moral und ihre Kultur; der Hass auf jene Verhältnisse, die alles wirklich Interessante einem/r vorenthalten. Die Arbeiter*innen sind im Kapitalismus an ein entgegengesetztes Interesse gefesselt, und die Aufspaltung des Arbeiter*innenbildes reflektiert genau dies: die Angewiesenheit auf die Verhältnisse als das affirmative Bild des blonden, muskelstrotzenden Arbeiters der Faust, den Gegensatz zum kapitalistischen Interesse als die hassverzerrte Karikatur des verkommenen, roten Proleten.

Der Antikommunismus ist die Ehrenrettung der deutschen Arbeiter*innen, der es erlaubt, dieser Klasse ihre sozialistische Bewegungsform zu verzeihen. Fast genauso formuliert es Hitler auch, wenn er den Grund für den Erfolg der sozialistischen

Anzeige

Arbeiter*innenbewegung in der Ausnutzung des Elends der Arbeiter*innen durch jüdische Agitator*innen sieht. Dies macht die Schlagkraft des Nationalsozialismus und Faschismus im Gegensatz zu den damaligen Konservativen, Jungkonservativen und Volkskonservativen aus: Die Faschist*innen halten das Volk nicht per se für minderwertig, ihrem Konzept eines Herrenvolks von Untertänigen liegt ein ganz ernst gemeintes Lob des Volkes zugrunde. Die Feindschaft gegenüber dem Volk ist dem Misstrauen in seine Fähigkeit, die roten Verführer*innen zu durchschauen, gewichen. Die bürgerliche Gesellschaft kann auf Dauer nicht darauf beruhen, dass die eine Klasse die andere unterdrückt. Sie braucht die nationale Integration aller, weil bürgerliche Verhältnisse auf der Herrschaft des Volkes über das Volk beruhen, auf der Unterwerfung der Menschen unter die von ihnen selbst geschaffenen Verhältnisse. Eine demokratische Gesellschaft und ihre erfolgreiche Verknüpfung von Kapital und Arbeit ist politisch stabiler und ökonomisch effektiver als die offene Klassenherrschaft des 19. Jahrhunderts. Sie erteilt allen gleichermaßen die Freiheit zur die Teilnahme an der Konkurrenz und unterwirft sie so deren Ergebnissen.
Dieser historische Schritt, die Modernisierung der Antikommunismus, ist der eigentlich qualitative Sprung: die Entdeckung des Volks durch die politische Rechte und seine Einbindung in das nationale Projekt.

Zerstörung der Welt

Die sozialdarwinistische Vorstellung des Konkurrenzkampfes von Individuen, Völkern, Rassen als naturnotwendige Selektion, als Voraussetzung für Entwicklung wichtiger Tugenden, als Verhinderung von Entartung und Degeneration, war eine pseudowissenschaftliche Gegenhaltung zum evolutionären Sozialismusbegriff der Arbeiter*innenbewegung. Populär sind solche Vorstellungen z. B. durch Ideen wie „Dann arbeitet doch keiner mehr, wenn allen alles gehört“, „dann strengt sich doch keiner mehr an“, „wenn alle nur nach Genuss streben, wird doch alles verjuxt“. Diese Vorstellungen projizieren die gesellschaftliche Realität des Kapitalismus in das „Wesen des Menschen“. Die Durchschlagskraft solcher Vorstellungen sollte mensch nicht unterschätzen, schon weil sie auf reale Erfahrungen zurückgreift, die sie zu bestätigen scheinen. Tatsächlich bemühen sich Schüler*innen möglichst wenig zu arbeiten, mit öffentlichem Eigentum wird rabiat umgegangen, Menschen verhalten sich unvernünftig. Oft mag es sogar so erscheinen, als ob allein die Rationalität des Marktes und die harte Drohung von Armut und Untergang allein den eigentlich ziemlich unvernünftigen Menschen zur Vernunft zwingt. Freilich ist es eine eigentümliche Verarbeitung gesellschaftlicher Realität, die da geschieht, weil weder der demolierten Telefonzelle, dem Krankmachen auf der Arbeit oder dem durchgeknallten Liebhaber das Wesen des Menschen anzusehen ist, sondern nur der Umgang bürgerlicher Konkurrenzsubjekte mit eben jener Welt, in der sie leben. Gegen die schlichte Frage, warum Menschen nicht in der Lage sein sollten, ihre Gesellschaft vernünftig einzurichten, ihre Bedürfnisse nach einem gemeinsamen Plan zu befriedigen, und mit den unterschiedlichen, vielleicht hin und wieder sogar tatsächlich entgegengesetzten Interessen umzugehen, wird eben nur der bürgerliche Blödsinn von der Natur des Menschen präsentiert (siehe Zitate weiter unten).
Zusätzlich kommt noch das Argument, dass es die ewige Knappheit an Gütern sei, die das Gegeneinander der Menschen erzwingt – bzw. avancierter: weil der endlichen Menge an Gütern die angeblich unendlichen Bedürfnisse des Menschen gegenüber stünden. Außerdem folgt noch die Warnung, dass im Überfluss alles versinkt. Über diesen Glaubenssatz darf mensch nicht lange nachdenken, um ihn zu glauben. Also: Der Mensch ist nicht so, die Welt sowieso nicht, und das ist auch ganz gut so, weil sonst die Welt unterginge. Auch wenn die folgende kleine Zitatenauswahl etwas altbacken wirkt – sie ist es nicht :

Monarchistisch-konservativ

„der ewige Friede ist ein Traum, und nicht einmal ein schöner, und der Krieg ist ein Glied in Gottes Weltordnung. In ihm entfalten sich die edelsten Tugenden des Menschen, Mut und Entsagung, Pflichttreue und Opferwilligkeit mit Einsetzung des Lebens. Ohne Krieg würde die Welt in Materialismus versumpfen“
(Helmuth Graf von Moltke: Brief an Bluntschli. In: Pross, Harry (Hrsg): Die Zerstörung der deutschen Politik. Dokumente 1871-1933. FaM: Fischer 1959, S.29)

Liberal

„Es gibt keinen Frieden auch im wirtschaftlichen Kampf um das Dasein: Nur wer jenen Schein des Friedens für die Wahrheit nimmt, kann glauben, daß aus dem Schoße der Zukunft für unsere Nachfahren Frieden und Lebensgenuß erstehen werde. Wir wissen es ja: die Volkswirtschaftspolitik ist der vulgären Auffassung ein Sinnen über Rezepte für die Beglückung der Welt — die Besserung der ‘Lustbilanz’ des Menschendaseins ist für sie das einzig verständliche Ziel unserer Arbeit. Allein: Schon der dunkle Ernst des Bevölkerungsproblems hindert uns, Eudämonisten zu sein, Frieden und Menschenglück im Schoße der Zukunft verborgen zu wähnen , und zu glauben, daß anders als im harten Kampf des Menschen mit dem Menschen der Ellenbogenraum im irdischen Dasein werde gewonnen werden. ... für den Traum von Frieden und Menschenglück steht über der Pforte der unbekannten Zukunft der Menschengeschichte: Lasciate ogni speranza . ... Nicht das Wohlbefinden der Menschen, sondern diejenigen Eigenschaften möchten wir in ihnen [den Nachfahren] emporzüchten, mit welchen wir die Empfindung verbinden, daß sie menschliche Größe und den Adel unserer Natur ausmachen.... Nicht Frieden und Menschenglück haben wir unseren Nachfahren mit auf den Weg zu geben, sondern den ewigen Kampf um die Erhaltung und Emporzüchtung unserer nationalen Art“
(Weber, Max: Nationalstaat und Volkswirtschaftspolitik. Akademische Antrittsrede (1895.) In: Gesammelte politische Schriften. Tübingen: J.C.B. Mohr 1958)

Faschistisch

„Daß aber diese Welt dereinst noch den schwersten Kämpfen um das Dasein der Menschheit ausgesetzt sein wird, kann niemand bezweifeln. Am Ende siegt ewig nur die Sucht der Selbsterhaltung. Unter ihr schmilzt die sogenannte Humanität als Ausdruck einer Mischung von Dummheit, Feigheit und eingebildetem Besserwissen, wie Schnee in der Märzensonne. Im ewigen Kampfe ist die Menschheit groß geworden — im ewigen Frieden geht sie zugrunde.“

(Adolf Hitler: Mein Kampf. Bd. I. München: Franz Eher Nachf. 1933, S.148/149)

Sozialistisch

„... Eigenschaften wie Loyalität, Großmut etc., wären in einer Welt, in der nichts schief ginge, nicht nur bedeutungslos, sondern wahrscheinlich unvorstellbar. In Wahrheit können viele Eigenschaften, die wir an Menschen bewundern, nur im Widerstreit mir irgendeiner Art von Unglück, Schmerz oder Schwierigkeiten überhaupt wirklich sein; die Tendenz technischen Fortschritts besteht darin, Unglück, Schmerz und Schwierigkeiten auszuschalten. ... Indem man sich an das Ideal der technischen Effizienz bindet, bindet man sich an das Ideal der Weichlichkeit. Aber Weichlichkeit ist abstoßend, und so wird der ganze Fortschritt als ein wahnsinniger Kampf auf ein Ziel hin gesehen, das, wie man hofft und betet, nie erreicht werden wird."
(George Orwell: Der Weg nach Wigan Pier. Zürich: Diogenes 1982, S.188-190)

Was die hier angeführten Standpunkte unterstellen, ist die biologistische Ideologie einer „wölfischen" Menschennatur und damit der Schluss auf kooperative Gesellschaftsformen als gemeingefährliche Vorschläge zu einer Degenerierung der Menschenwelt. Durch die Aufhebung der Konkurrenz und des Kampfes werde die Welt unnatürlich, schwächlich und degeneriert. Auf diesen kleinsten gemeinsamen Nenner hätten sich Moltke, Weber, Hitler und Orwell wohl einigen können. Dies ist der sachliche Zusammenhang zwischen Biologismus auf der einen, und dem Antikommunismus auf der anderen Seite. Des Weiteren ist diese damals von vielen Zeitgenoss*innen geteilte Befürchtung der erste Schritt zu der antisemitisch-paranoiden Verlängerung, Bemühungen hin zu einer kommunistischen Gesellschaft als eine besonders Strategie zur Weltmachtergreifung des Judentums zu sehen. Die staatliche Propaganda vom „jüdischen Verführer", der aus untertänigen, arbeitenden Massen revoltierende Massen mache, war eine besondere Erfindung des Faschismus.
Wer sich nun zurücklehnt und diese verstaubt wirkende Ideologie müde belächelt, mag sich an Folgendes erinnern: Die „Kritik", in einer „Konsum-", „Wohlstands-" oder „Raffgesellschaft" zu leben, dass „wir" alle Opfer zu bringen haben und „die fetten Jahre vorbei sind", hat nicht erst Helmut Kohl in die nationale Politik eingebracht. Jene Vorstellung, im Kommunismus verfräße der natürlich kurzsichtige, egoistische Mensch schnell den Reichtum ist als angstvolle Warnung im Kapitalismus dauernd präsent. Es ginge „uns" zu gut, „wir" hätten über „unsere" Verhältnisse gelebt, könnten „uns" dies oder jenes nicht mehr „leisten" – die Welt sei nun mal kein Ponyhof. Mangel und Entbehrung seien gut für den Menschen. Das nicht nur weil der Mensch nun mal dem Menschen ein Wolf sei – und darum etwa Futterneid der Natur des Menschen entspräche – von allzu praktischen Konsequenzen hielte ihn allein derjenige Wolf im lustigerweise dann doch irgendwie wirksamen, demokratisch-parlamentarischen Schafspelz ab. Oder: „Wenn's dem Esel zu gut geht, dann wagt er sich aufs Eis." „Überfluss erzeugt Maßlosigkeit, Trägheit, Verfall, und alle großen Genies hatten Hunger."

In all diesen Vorstellungen lügen sich die Menschen das erfahrene Leid als unveränderlich zurecht. Sie verklären es, indem sie es auf eine Natur des Menschen überhaupt zurückführen – statt es durch die kapitalistische Einteilung der Welt zu erklären. Wird das Leid als "natürlich" verstanden, hat mensch nebenbei auch prima vor sich gerechtfertigt, warum es ja doch nichts bringt, für eine grundlegende gesellschaftliche Veränderung einzutreten. Antikommunismus erweist sich so als nützlicher Bestandteil des bürgerlichen Alltagsbewusstseins.

Fußnoten

(1) In Deutschland: etwa die „Hottentottenwahl" 1907, die Niederschlagung des Januaraufstandes 1917, der Machteintritt der NSDAP 1933 / in den USA: bspw. „Red Scare" 1917, McCarthy-Ära 1947.
(2) Das recht defensive Ziel war das Freipressen der Gefangenen.

Weitere Infos:

Gruppen gegen Kapital und Nation
https://gegen-kapital-und-nation.org/

Anzeige

An der Befreiung arbeiten Die Anarchistische Bewegung vorantreiben

★ *Von: Anarchistische Föderation Rhein-Ruhr, Anarchistische Gruppe Nordstadt (Dortmund), Schwarze Ruhr-Uni*

Anmerkungen der Redaktion: Nachdem wir in der letzten Ausgabe (Gaidao Nr. 51) eine Vorankündigung und erste Überlegungen zum 1. Mai in Dortmund abgedruckt haben, folgt hier der offizielle Aufruf zum 1. Mai in Dortmund.

Von vielen vergessen liegen die Ursprünge des 1. Mai in der US-amerikanischen Arbeiterbewegung der 1880er Jahre,die entscheidend von anarchistischen Idealen und Forderungen geprägt war.

Als Höhepunkt einer Streikwelle sollte am 01.05.1886 mit einem Generalstreik der Forderung nach dem 8-Stunden Tag Nachdruck verliehen werden. Allein in Chicago folgten 40.000 Arbeiter*innen diesem Aufruf und auch in den folgenden Tagen gingen Tausende auf die Straße, trotzten Streikbrecher*innen, privaten Söldnertruppen der Unternehmer und der Polizei, die am 03.05. vier Arbeiter erschoss. Eine erneute Versammlung am 04.05. auf dem Haymarket versuchte die Polizei (auch mit Schusswaffen) gewaltsam aufzulösen. In diesem Gemenge explodierte eine Bombe. Die Polizei fing an wild zu schießen und mindestens vier Arbeiter*innen und sieben Polizisten wurden dabei getötet. Wer die Bombe geworfen hatte ist bis heute unklar. Allerdings diente dieser Vorfall als Vorwand hunderte von Arbeiter*innen zu verhaften. Darunter waren auch einige bekannte Anarchist*innen. Trotz gegenteiliger Beweise wurden 7 bekannte Anarchisten in einem Schauprozess zum Tode verurteilt, 4 Mal wurde dieses Urteil (bei einem Selbstmord vorher) vollstreckt. Die anderen Angeklagten wurden zu Haftstrafen verurteilt und nach 7 Jahren, ebenso wie die Hingerichteten vom neuen Gouverneur für unschuldig und zu „Opfern eines Justizmordes“ erklärt.

Während der 2. Internationale (bei der es zum Ausschluss der Anarchist*innen kam) wurde 1891 der 1. Mai als jährlicher “Arbeiterkampftag” ausgerufen und seit 1904 insbesondere von den großen sozialdemokratischen Parteien und Gewerkschaften für Demonstrationen genutzt. Während der Zeit der Nazi-Diktatur wurde der Tag propagandistisch als “Tag der Nationalen Arbeit” vom Staat als Feiertag organisiert. Auch in der DDR gehörten die Mai-Paraden zur Staatsräson und in der BRD blieb der Feiertag mit leicht veränderten Namen als “Tag der Arbeit” bestehen. Passend, da die Lohnarbeit auch hier als wichtigstes, Lebensinhalt spendendes Element gesehen werden soll.

Seit dem Ende des Ost/West-Konflikts erleben wir einen sich immer weiter verschärfenden Kapitalismus. Wer arm ist oder keiner Lohnarbeit nachgeht gilt als faul und wird als Belastung der Gesamtgesellschaft gesehen. Weit verbreitet ist die Ansicht, Armut sei nur die Folge von Eigenverschuldung. Es gibt immer weniger Jobs und die, die es noch gibt sind oft entfremdet und sinnentleert.

Heute finden die Demos und Kundgebungen zum 1. Mai größtenteils unter der Schirmherrschaft des DGB statt. Dabei ist kein Platz für eine grundsätzliche Kritik an diesem Gesellschaftssystem. Es gibt lediglich Forderungen nach mehr Lohn oder nach geringer Reduzierung von Arbeitsstunden. Über eine vom DGB unterstützte Betriebsbesetzung bei Massenentlassungen, wie sie in der Vergangenheit selten vorgekommen sind, würden wir uns schon sehr wundern. Selbst solche Forderungen und Aktionen dienen nur dazu den Frust, Zorn und Unmut der Arbeiter*Innen zu kanalisieren und diese zu befrieden. Obwohl sich die weichgespülten, reformistischen und am Ende staatstreuen Gewerkschaften bei den 1. Mai-Kundgebungen kämpferisch geben, werden in den Betrieben keine grundlegende Verbesserungen der Lebens- und Arbeitsbedingungen erkämpft. An dem Widerspruch zwischen Arbeit und Kapital wird nicht gerüttelt.
Während jeder "Krise" wird nach mehr Arbeitsstellen verlangt und es werden alte Zeiten beschworen, in denen jede*r noch Arbeit hatte und es keine Arbeitslosigkeit gegeben hat. Es wird aber nicht an der grundlegenden Idee von Lohnarbeit und ihrer Funktion als Herrschaftsinstrument gerüttelt. Die heutige Wirtschaft wird durch Förderprogramme wie "Leitzinssenkung" und "Staatsinvestitionen" künstlich vermehrt. Die Schattenseiten werden dabei oft verdrängt oder als notwendiges Übel hingenommen. Dabei ist die heutige Gesellschaft geprägt vom Leistungszwang, wodurch die Menschen in ständiger Konkurrenz zueinander stehen. Es muss immer mehr für immer weniger Geld gearbeitet werden. Daran ändert auch ein lächerlicher Mindestlohn von 8,50 € nichts. Die Rechte der Arbeiter*innen werden immer weiter in Frage gestellt oder gleich beschnitten. Wenn nicht direkt durch Lohnkürzungen und unbezahlte Überstunden dann durch die Hintertür über Zeitarbeits- oder Werkverträge, durch die Verschiebung in schlechter bezahlte Branchen (siehe Amazon), durch Auffanggesellschaften, unbezahlte Praktika usw. Die Freizeit dient einzig und allein dazu sich wieder für die Arbeit zu regenerieren und es bleibt kaum Zeit sich einer Beschäftigung zu widmen, die keine kommerziell gewinnbringenden Ziele verfolgt. Selbst Dinge wie Bildung, Kunst, Kultur, Hobbys oder Freundschaften sollen auf jeden Fall konsumierbar und somit für den Kapitalismus von Nutzen sein. Wir sollen arbeiten um zu konsumieren. Sie zwingen uns in einen Kreislauf aus Arbeit und Konsum. Ein selbstbestimmtes Leben ist im Kapitalismus nicht möglich.
Arbeit ist zu einem Ideal geworden, unter dem sich alles unterordnen muss. Es werden Betreuungsstellen und –programme für Kleinkinder geschaffen, um Eltern weiterhin das Arbeiten zu "ermöglichen". Unsere persönliche Verwirklichung und unsere gesamte Lebensplanung wird der Arbeit untergeordnet. Auch unsere "persönlichen" Beziehungen werden immer mehr zum Gegenstand für Werbung und Konsum. Selbst Ruhe lässt sich im Erreichbarkeitszwang der multimedialen Gesellschaft oft nicht wirklich finden, da zum Beispiel die meisten Unternehmen die multimedialen Möglichkeiten dazu nutzen, um die Arbeitsverdichtung weiter voranzutreiben. Zur ständigen Flexibilität kommt jetzt noch der ständige Erreichbarkeitszwang. Nicht zuletzt kommt es zu immer mehr Krankheiten infolge der Arbeit und des damit verbundenen Leistungszwangs. Sei es körperlich, wie unter anderem Rückenschäden oder psychische Krankheiten, Burn-out oder Depressionen. Doch eine radikale Änderung dieses Systems der Ausbeutung wird nicht in Erwägung gezogen. Es wird an alten Legenden, wie der "Vollbeschäftigung" oder der "sozialen Marktwirtschaft" festgehalten und sich mit kleinen Entschädigungen zufrieden gegeben. Ziele von Arbeitskämpfen werden von oben vorgegeben und die Arbeiter*innen haben nach den Plänen der Funktionär*innen zu agieren. Von solchen Arbeitskämpfen können wir keine tiefgreifenden Veränderungen erwarten.

Lasst uns gemeinsam das Leben in die Hand nehmen, uns organisieren und eigenständig handeln. Nur wir selbst wissen, was für uns wichtig und notwendig ist. Wir dürfen die Verantwortung in allen Bereichen unseres Lebens nicht abgeben und können uns nicht in den hierarchischen Systemen ausruhen. Wir müssen uns selbstbestimmt organisieren, das Bestehende kritisch hinterfragen und durch direkte Aktionen Veränderungen herbeiführen, um ein Leben in Freiheit zu führen.
Denn Freiheit ist in einem kapitalistischen System nicht möglich. Darum kämpfen wir für eine Gesellschaft frei von Kapitalismus und Staat mit den damit verbundenen Repressionsorganen. Wir müssen nicht regiert werden! Die nationale Ab– und Ausgrenzung kotzt uns an und verhindert nur ein solidarisches und friedliches Miteinander aller Menschen.
Wir kennen die Realität der heutigen Arbeitswelt aus den verschiedensten Perspektiven, ob als gewählte oder unfreiwillige Erwerbslose, Student*innen oder "normal" Beschäftigte. Daher erleben wir auch tagtäglich die Repression des Systems gegen all jene, die sich nicht genügend anpassen wollen bzw. "leisten" können.

In Dortmund wurde der 1. Mai in den letzten Jahren neben der Gewerkschaftsfolklore von den lokalen Neo-Nazis in Beschlag genommen. Blockaden und andere Aktionen, die sich gegen Nazis richten, sind wichtig und müssen auch in Zukunft laufen. Doch wir dürfen uns nicht auf das "Reagieren" auf ihre Aktionen beschränken. Wir müssen agieren und unsere Handlungs- und Initiativspielräume erweitern. Wir müssen uns die Straße (nicht nur) am 1. Mai zurückholen und unsere Inhalte und Aktionen auf die Straße tragen.
Wir wollen an diesem Tag keine Forderungen an Parteien, Gewerkschaften, Konzerne/Firmen oder andere Autoritäten stellen, sondern wollen alle ermutigen selbst zu handeln! Der 1. Mai ist kein Tag für Forderungen! Es ist ein Tag für selbstbestimmtes und selbstbewusstes Handeln. Der 1. Mai ist ein Kampftag gegen den Arbeitswahn und gegen den Kapitalismus. Es geht um die Befreiung aller Menschen aus der Abhängigkeit der Lohnsklaverei. An diesem Tag geht es darum, unsere Vorstellung einer herrschaftsfreien Gesellschaft zu propagieren und unmissverständlich und kompromisslos zu zeigen, dass es viele Menschen gibt, die sich nicht verblenden und befrieden lassen.
Wir wollen den Prozess zu einer befreiten Gesellschaft vorantreiben in dem wir unsere Ideen verbreiten, uns weiterbilden, in eigenen Strukturen versuchen die verheerendsten Auswirkungen von Staat und Kapital abzufedern, uns mit politischen Aktionen in Debatten einschalten und gegen das einstehen, was uns nicht passt. Wir wollen

gemeinsam lernen durch freiwillige Vereinbarungen miteinander zu leben.
In den letzten Jahren gab es ein Erstarken des antiautoritären Widerstand und der anarchistischen Bewegung im Ruhrgebiet. Daraus sind bereits einige freiheitliche Strukturen entstanden. Dies motiviert uns und wir sind fest entschlossen diesen Organisierungsprozess weiter voranzutreiben. Deshalb ist es uns wichtig an diesem historischen Tag auch für die anarchistische Bewegung kreativ und laut auf die Straße zu gehen.
Sollten die Neo-Nazis auch dieses Jahr wieder in Dortmund marschieren wollen, rufen wir auf dieses nicht ungestört geschehen zu lassen und anschließend mit uns auf die Straße zu gehen. Brechen wir (nicht nur an diesem Tag) aus, aus einer gesellschaftlichen Normalität des stillen Wegschauens bei Armut, Vertreibung, Ausbeutung und Unterdrückung sowie Vortäuschung einer heilen und alternativlosen Welt.

Wir wollen am 1. Mai mit allen freiheitsliebenden Menschen für unsere Ziele demonstrieren.
Deshalb rufen wir unter dem Motto “An der Befreiung arbeiten! Die Anarchistische Bewegung vorantreiben!” zur 1. Mai-Demonstration am Platz vor der Kirche in der Münsterstraße in Dortmund um 18Uhr auf.

FÜR EIN LEBEN OHNE ARBEITSZWANG UND JOBCENTER !
AN DER BEFREIUNG ARBEITEN!
DIE ANARCHISTISCHE BEWEGUNG VORANTREIBEN!

Weitere Infos:

http://1maidortmund.noblogs.org/
1.maidortmund@riseup.net

Mobiaktion in Duisburg

ANARCHIE IN STEREO
DER LIBERTÄRE PODCAST
Märzrückblick
Der monatliche Rückblick des Anarchistischen Radios Berlin auf die ernsten und skurrilen Themen des Vormonats
VORAUSSICHTLICH IN DER AKTUELLEN AUSGABE:
- G7: Gruppen gegen Kapital und Nation zu Globalisierungs- und Kapitalismuskritik
- G7: ein Aufruf
- Weitere Interviews
- Satiren zu aktuellen Themen
- Wo herrscht Anarchie
DOWNLOAD UND STREAM
ARADIO.BLOGSPORT.DE
ANARCHISTISCHES RADIO BERLIN

GAI DÀO ABONNIEREN
3 Monate: 6,00€ | 7,50€ | mind. 8,00€
6 Monate: 12,00€ | 15,00€ | mind. 16,00€
12 Monate: 24,00€ | 30,00€ | mind. 32,00€
(Preise: Prekär | Normal | Soli und zzgl. Versand)
Konto:
Be the media
Ktn.: 0004764986
BLZ: 83065408
Deutsche Skatbank
Für Spenden bitte einen entsprechenden Verwendungszweck angeben!
abo-gaidao@riseup.net
info@a4druck.ch (Schweiz)

FdA hautnah

*Regelmäßige Termine von Gruppen der Föderation deutschsprachiger Anarchist*innen*

BERLIN

Anarchistisches Kaffeekränzchen: Offener Stammtisch
4. Dienstag im Monat ab 19 Uhr im Café Morgenrot, Kastanienallee 85, Prenzlauer Berg
(U2 Eberswalder Str.)

Tresen der Anarchistischen Gruppe Neukölln (AGN)
Jeden 2. Freitag im Monat ab 21 Uhr
F54, Friedelstraße 54 (U7 / U8 Hermannplatz)
Der Tresen ist immer mit wechselndem Programm, Infos dazu auf der Website.

Vokü der Anarchistischen Gruppe Neukölln (AGN)
Jeden 3. Dienstag im Monat ab 21 Uhr
F54, Friedelstraße 54 (U7 / U8 Hermannplatz)

Libertärer Podcast des Anarchistischen Radios Berlin
Jeden 1. des Monats mit einem ernsten und satirischen Rückblick des Vormonats. Daneben verschiedene Sendungen und Hinweise im Laufe des Monats. aradio.blogsport.de

DRESDEN

Wanderungen der Schwarz-Roten Bergsteiger*innen
Auf Anfrage mit mind. 3 Wochen Vorlauf an akfreizeit@riseup.net
Wanderungen, Übernachtungen, politisch-historische Führungen gegen Spende für lokale Projekte im Raum Dresden und Sächsische Schweiz

Offener FAU-Stammtisch des Allgemeinen Syndikats Dresden
Jeden 2. Mittwoch im Monat, 20 Uhr in der Kneipe „Hebedas“
Rothenburger Straße, Dresden-Neustadt

Soli-Kneipe u. Kultur-Tresen des Allgemeinen Syndikats Dresden
Jeden 4. Freitag im Monat, 20 Uhr, im Hausprojekt WUMS e.V.
Columbusstraße 2, Dresden-Löbtau

Probe des libertären Chors des AK Freizeit
Jeden 4. Freitag im Monat, 18 Uhr
WUMS e.V., Columbusstraße 2, Dresden-Löbtau

cafém – feminismus zum kennen_lernen
Jeden 3. Sonntag im Monat, Brunch ab 14 Uhr, Input ab 16 Uhr
(manchmal mit Anmeldung, manchmal kurzfristige Änderung, also lieber nochmal online checken: evibes.blogsport.de/cafem)
kosmotique, Martin-Luther-Straße 13, Dresden-Neustadt

HEIDELBERG

A-Kneipe
Jeden 1. Samstag im Monat, ab 19.30 Uhr
im Gegendruck, Fischergasse 2, Heidelberg-Altstadt

KAISERSLAUTERN

Anarchistisch-Kommunistischer Stammtisch der Anarchistischen Initiative Kaiserslautern/Kusel
Jeden 2. Mittwoch im Monat um 18.00 Uhr
im GI Café Clearing Barrel in der Richard-Wagner-Straße 48, Kaiserslautern

KARLSRUHE

Offenes Plenum der Libertären Gruppe Karlsruhe
Jeden 4. Mittwoch im Monat ab 19:30 Uhr
in der Viktoriastr. 12 (Hinterhaus), 76133 Karlsruhe

Anarchistisches Radio
Jeden 2. Sonntag 18-20 Uhr, Querfunk 104,8 MHz oder querfunk.de

LEIPZIG

Offenes Plenum der Anarchosyndikalistischen Jugend (ASJL)
Jeden Montag ab 20 Uhr in der Libelle, Kolonnadenstraße 19, 04109 Leipzig

ASJ VEKÜ (Vegane Küche)
Jeden 1. Samstag im Monat 20 Uhr in der Libelle, Kolonnadenstraße 19, 04109 Leipzig

Minijobberatungsstunde der Anarchosyndikalistischen Jugend (ASJL)
Jeden 2. und 4. Montag 19-20 Uhr in der Libelle, Kolonnadenstraße 19, 04109 Leipzig

LUDWIGSBURG

Anka L – das monatliche Antifa-Café des Libertären Bündnis Ludwigsburg (LB)² (+ Vokü)
Jeden 4. Mittwoch im Monat
im DemoZ, Wilhelmstr. 45/1, Ludwigsburg

MANNHEIM

Volxküche der Anarchistischen Gruppe Mannheim (AGM)
Jeden 1. Sonntag im Monat ab 19:00 Uhr
im ASV, Beilstraße 12 (Hinterhaus), 68159 Mannheim

NÜRNBERG

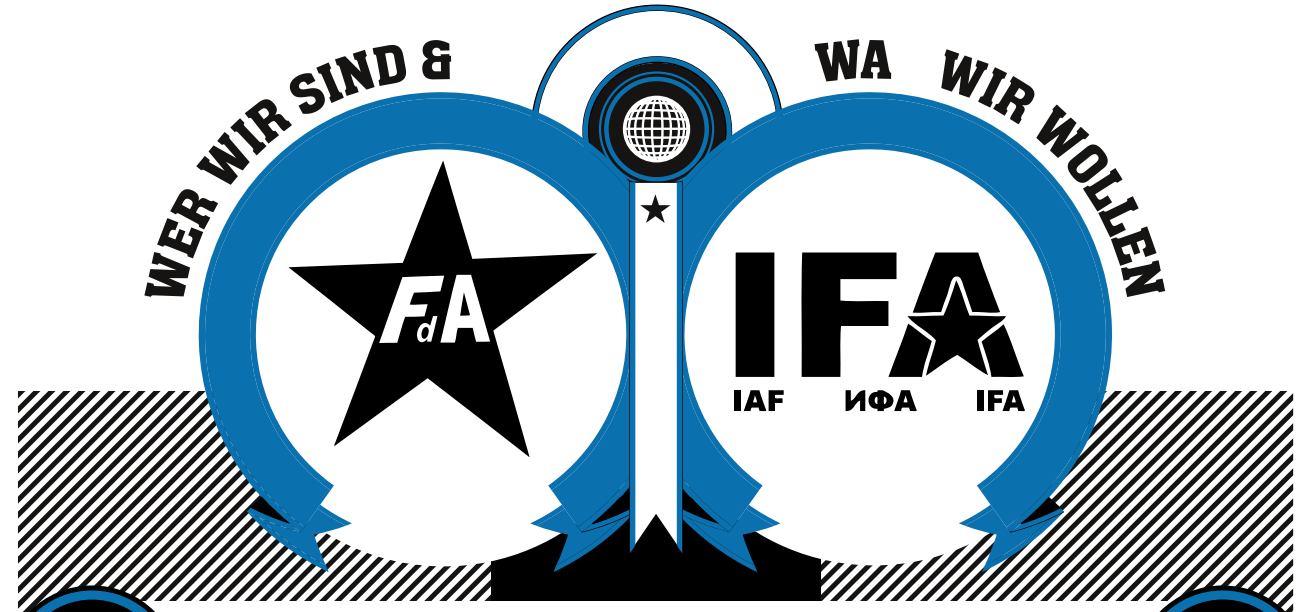
Auf-der-Suche-Kneipe mit Vokü
Jeden 3. Mittwoch im Monat ab 19 Uhr
im Projekt 31, An den Rampen 31, 90443 Nürnberg

PFORZHEIM

Jeden Dienstag Lesekreis in der alten Fabrik
Bitte vorher anmelden unter alerta@kommunikationssystem.de

WITTEN

Schwarzer Tresen der Anarchistischen Gruppe östliches Ruhrgebiet
Jeden letzten Freitag im Monat ab ca. 19:00 Uhr
mit Gustav-Landauer-Bibliothek
Witten, Trotz Allem, Augustastr. 58



FÖDERATION DEUTSCHSPRACHIGER ANARCHIST*INNEN [FDA-IFA]

**Unser Ziel ist eine herrschaftsfreie Gesellschaft ohne Grenzen, Klassen und Staaten auf Grundlage der freien Vereinbarung, der gegenseitigen Hilfe und des anarchistischen Föderalismus, der durch gebundene Mandate seitens der Basis gekennzeichnet ist.
Da wir jede Herrschaft über und Ausbeutung von Menschen ablehnen, setzen wir uns ein für die Abschaffung aller Formen von Herrschaft und Ausbeutung in kultureller, politischer, sexueller, sozialer, wirtschaftlicher oder sonstiger Hinsicht.**

**Die FdA will auf allen Gebieten des gesellschaftlichen Lebens an die föderalistischen Ideen anknüpfen und sie den Erfordernissen der heutigen Zeit anpassen. Im anarchistischen Föderalismus sehen wir die Grundlage einer wirklichen und dauerhaften Selbstbestimmung, die allein die Gewähr für Freiheit, Gleichheit und Solidarität gibt.
Wir streben keine Übernahme, sondern die Abschaffung der politischen Herrschaft an.**

**Erst Gemeinschaften ermöglichen die gegenseitige Hilfe und bilden die Grundlage, auf der eine anarchistische Gesellschaft wachsen kann. Informelle, unverbindliche Zufallsbegegnungen sind für diese Gemeinschaften nicht ausreichend.
Deshalb organisieren wir uns, um Solidarität zu leben, Mut zum Handeln zu geben und die Wirksamkeit unseres Handelns zu steigern.**

KONTAKTE

Föderation deutschsprachiger Anarchist*innen
Kontakt: fda-organisation@riseup.net
www.fda-ifa.org

Internationale der Anarchistischen Föderationen
Kontakt: secretatiat@i-f-a.org
www.i-f-a.org

A4-Druckereikollektiv (Zürich)
Kontakt: info@a4druck-ch
Kontakt: a4druck.ch

Berlin

Anarchistisches Radio Berlin
Kontakt: aradio-berlin@riseup.net
www.aradio.blogsport.de

GruppeX
Kontakt: afb@riseup.net

Anarchistische Gruppe Neukölln
Kontakt: agn-berlin@riseup.net
www.anarchistischegruppe.noblogs.org

Anarchistisches Kaffeekränzchen

Anarchistische Gruppe östliche Ruhrgebiet
Kontakt: agoer@riseup.net
www.afrheinruhr.blogsport.de

Anarchistisches Netzwerk Südwest*
Kontakt: info@a-netz.org
www.a-netz.org

alert|a Pforzheim
Kontakt: alerta@kommunikationssystem.de
www.alertapforzheim.blogsport.de

Anarchistische Gruppe Mannheim
Kontakt: info@anarchie-mannheim.de
www.anarchie-mannheim.de

Anarchistische Initiative Kaiserslautern/Kusel
Kontakt: anarchistischeinitiative@web.de
www.anarchistische-initiative-kl.blogsport.de

Anarchistisches Netzwerk Tübingen
Kontakt: anarchistisches-netzwerk-t@riseup.net
wwwant.blogsport.de

Libertäres Bündnis Ludwigsburg
Kontakt: lb-hoch2@riseup.net
www.lbquadrat.org

Libertäre Gruppe Heidelberg
Kontakt: libertaeregruppe-hd@posteo.de
www.anarchieheidelberg.blogsport.de

Libertäre Gruppe Karlsruhe
Kontakt: lka@riseup.net
www.lka.tumblr.com

Nigra
Kontakt: nigra@riseup.net
www.nigra.noblogs.org

ASJ Bonn
Kontakt: asjbonn@riseup.net
www.asjbonn.blogsport.de

ASJ Leipzig
Kontakt: asj-leipzig@riseup.net
www.asjl.blogsport.de

Auf der Suche (Nürnberg)
Kontakt: aufdersuche@riseup.net
www.aufdersuche.blogsport.de

Karakök Autonome Türkei/Schweiz
Kontakt: laydaran@immerda.ch
www.karakok.org

Libertäre Initiative Schleswig-Holstein
Kontakt: nico@mynona.de

Libertäre Aktion Frankfurt Oder
Kontakt: libertaere-aktion-frankfurt-oder@riseup.net
www.libertaereaktionffo.blogsport.de

Libertäre Antifa München
Kontakt: lava-muc@riseup.net
www.lava-muc.de

Dresden

AK Freizeit
Kontakt: akfreizeit@riseup.net
www.libertaeres-netzwerk.org

IK Dokumentation
www.libertaeres-netzwerk.org

Assoziierte Projekte

Allgemeines Syndikat Dresden
Kontakt: faudd@fau.org
www.fau.org/ortsgruppen/dresden

Anarchistisches Forum Köln
Kontakt: a.f.koeln@riseup.net
www.anarchistischesforumkoeln.blogsport.de

e*vibes (Dresden)
Kontakt: e_vibes@riseup.net
www.evibes.blogsport.de